

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Silphusarbeit oder positive Erfolge? I und II . . .	501	Kongresse. Konferenz der Photographengehilfen Deutschlands . . .	512
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Gewerbeinspektion in Württemberg im Jahre 1908 — Reichsunterstützung für die arbeitslosen Tabakarbeiter . . .	505	Lohnbewegungen und Streiks. Der allgemeine Ausstand in Schweden . . .	513
Wirtschaftliche Rundschau . . .	509	Partelle und Sekretariate. Aus den Gewerkschaftsartikeln. . .	514
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Centralverband deutscher Brauereiarbeiter im ersten Halbjahr 1909 . . .	510	Anderer Organisationen. Vom VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands II. . .	514
		Mitteilungen. Sitzung der Generalkommission über Quartalsbeiträge. — An die Verbandserepeditoren . . .	516

### Silphusarbeit oder positive Erfolge?

I.

Wie kautsky amerikanische Statistiken verwendet.

In unserem Schlussartikel der „Gewerkschaftlichen Rückblicke“ („Corr.-Bl.“, Nr. 25) hatten wir uns gegen die herabsetzende Kritik der Gewerkschaftsarbeit gewendet, die sich eine Reihe parteipolitischer Schriftsteller seit Jahren, besonders auch in neuerer Zeit angeeignet haben. Wir hatten dabei auch den Genossen kautsky genannt, der in seiner Broschüre: „Der Weg zur Macht!“ den Faden von den geringen Aussichten und Erfolgen der gewerkschaftlichen Aktion weiter spinnt. Zu diesem Zweck druckte er aus einer amerikanischen Statistik eine Tabelle ab, die den Nachweis erbringen soll, daß die gewerkschaftlichen Erfolge nicht im Verhältnis stehen zu der Steigerung der Lebensmittelpreise, oder genauer ausgedrückt: die Kaufkraft des Lohnes nicht im selben Maße steige, wie die Preise der Lebensmittel.

„Der Grundstein“ hatte diese Tabelle angezweifelt, ihre Berechnung stimme nicht. Die Kontrolle der Tabelle durch den „Grundstein“ erschien uns um so mehr richtig, als kautsky keine Mitteilung darüber machte, wie die Tabelle gewonnen war. Wir schrieben daher, die Tabelle enthalte „erhebliche Rechenfehler“, sie sei von kautsky „kritiklos übernommen“ worden.

kautsky hat darob in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ einen großen Lärm angestimmt. Er beruft sich auf seine Parteigenossenschaft und schiebt seine Persönlichkeit dermaßen in den Vordergrund, als ob er und nicht die Gewerkschaften die wertvollere Ziffer im Konto der Arbeiterklasse darstellen. Dieses Privatvergnügen gönnen wir ihm. Es imponiert uns indes nicht. Was wir in den „Gewerkschaftlichen Rückblicken“ geschrieben haben, bleibt trotzdem bestehen, daß man sich nämlich über die Erfolge der deutschen Gewerkschaften nicht aus amerikanischen Statistiken unterrichten kann. Wer über die Ergebnisse und die Aussichten der Gewerkschaftsaktion in Deutschland ein Urteil abgeben will, der

soll gefälligst seine Kenntnisse hier schöpfen. Wenn die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation in Amerika selbst gänzlich erfolglos geblieben wäre, so besäße das gar nichts für die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiter. Bedingungen und auch Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes sind in allen Ländern schließlich verschieden. In Rußland haben die Gewerkschaften wenige oder gar keine dauernde Erfolge erzielen können. Das liegt natürlich nicht an der Untauglichkeit der Gewerkschaften als solche, sondern an den Bedingungen, unter denen die Arbeiter den Gewerkschaftskampf führen müssen. Zum Beweise für die Unzulänglichkeit der Gewerkschaften in Deutschland hätte kautsky genau so gut also russische Ziffern anführen können, wie die von ihm beliebten amerikanischen. Er hätte dann vielleicht seine deutliche Absicht noch leichter erreicht.

Den Vorwurf indes, seine amerikanische Statistik enthalte erhebliche Rechenfehler, aber auch nur diesen Vorwurf, nehmen wir zurück, nachdem kautsky die Berechnungsmethode festgestellt hat. Dagegen haben wir inzwischen Gelegenheit genommen, uns die amerikanische Statistik, aus der kautsky schöpft, selbst anzusehen und sind nunmehr in der Lage, die Art und Weise, wie kautsky wissenschaftlich die Aussichtslosigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes beweist, etwas näher zu beleuchten.

Diese amerikanische Tabelle hat folgendes Aussehen:

(Die Jahre 1890 bis 1899 sind gleich 100 gesetzt.)

Jahr	Beschäftigte Arbeiter	Arbeitszeit	Stundenlohn	Wochenlohn	Warenpreise im Einzelhandel	Kaufkraft des	
						Stundenlohnes	Wochenlohnes
1890	94,8	100,7	100,3	101,0	102,4	97,9	98,6
1891	97,3	100,5	100,3	100,8	103,8	96,6	97,1
1892	99,2	100,5	100,8	101,3	101,9	98,9	99,4
1893	99,4	100,3	100,9	101,2	104,4	96,6	96,9
1894	94,1	99,8	97,9	97,7	99,7	98,2	98,0

beiterpolitik außerhalb der Sozialdemokratie unmöglich ist, und sich nunmehr gegen die Anklagen ob ihrer arbeiterfeindlichen Haltung im Reichstage decken müssen.

In bezug auf den Arbeitskammergesetzentwurf erklärte Medner, wenn der Kommissionsantrag betr. Wahl von Gewerkschaftsangeordneten gestellt werde, dann habe die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Interesse mehr an dem Entwurf. Wenn diese Kammern vor 10—15 Jahren geschaffen wären, dann hätten sie segensreich für die Arbeiterklasse werden können. — Heute seien sie für weite Kreise entbehrlich.

In der Debatte über den Ausschußbericht lenkte Höfer-Elberfeld die Aufmerksamkeit auf den neugegründeten christlichen Eisenbahnerverband und auf die Krisis im Trierer Verband. Heinrich Zimusch-Essen benutzte den Kongreß, um durch wütende Angriffe auf den alten Bergarbeiterverband die Dummheit seines Gewerksvereins, der bekanntlich dem preußischen Bergarbeitertag aller Richtungen ferngeblieben war, zu beschönigen. Er schimpfte über die Hirsch-Dunderschen und Polen, die sich von der Sozialdemokratie ins Schlepptau hätten nehmen lassen und höhnte über den Verband der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, der jetzt Anschluß an die nationalen Arbeitertage suche. Erst müßten diese Leute sich anständig betragen. Auf sozialdemokratische Uebertreibungen solle man nicht immer

gleich mit Berichtigungen hereinfallen, sondern nur in ganz besonders geeigneten Fällen berichtigen. Auch Wieber-Duisburg schlug den gleichen Ton an und meinte, man werde den Sozialdemokraten kein „Jungbrunnlein“ a la Dresden zeigen. Dazu habe die christliche Bewegung seit München zu Vieles gelernt. Dann aber beklagte sich dieser Medner bitter darüber, daß Regierung und Parlamente weder die Forderungen des nationalen Arbeitertages (1903) noch auch die des Schutzes der Hüttenarbeiter bewilligt hätten, in erster Linie die des Koalitionsrechts. Die Regierung könne mindestens bei den Staatslieferungen einen Druck auf die großen Herren ausüben, die das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennen wollen. An die bürgerlichen Parteien die Frage zu richten, was sie zur Durchsetzung jener Arbeiterforderungen getan hätten, unterließ Herr Wieber wohlweislich. Krug-Stuttgart erieferte sich gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, besonders in Württemberg, wo die christlichen Gewerkschaften von der Vertretung ausgeschlossen seien. Die Sozialdemokraten stellten im Einverständnis mit den Unternehmern ihre Vertrauensleute an, die in diesen öffentlichen Institutionen für die freien Gewerkschaften Unterstützungen auszahlten und Agitation trieben.

Die Debatte endete mit der Ueberweisung einiger Anträge an den Ausschuß des Gesamtverbandes. (Schluß folgt.)

## Aufruf zur Unterstützung der Aussperrung und des allgemeinen Streiks der Gewerkschaften Schwedens.

Den Gewerkschaften Schwedens ist durch das organisierte Unternehmertum das letzte Mittel aufgezwungen worden, der allgemeine Streik, der am 4. August begonnen hat. Auf den Widerstand der Arbeiter in der Konfektion und in der Zelluloseindustrie antworteten die Unternehmer mit Aussperrungen der gesamten Arbeiter dieser Berufe. Darauf stellte der Schwedische Arbeitgeberverein, die Centrale der größten Unternehmerverbände, den Gewerkschaften das Ultimatum, daß am 26. Juli die Arbeiter der Holzschleifereien, Sägewerke und der Textilindustrie ausgesperrt würden, denen am 2. August die Arbeiter der Eisenwerke folgen würden, falls nicht bis dahin die Konflikte zu den Unternehmerbedingungen beendet seien. Diesen Aussperrungen sollten weitere Lockouts folgen.

Die Gewerkschaften Schwedens beschloßen auf einer Vorstandskonferenz, die Friedensverhandlungen weiterzuführen, auf die Verwirklichung der Generalaussperrung am 26. Juli und 2. August aber mit der allgemeinen Arbeitseinstellung aller Gewerkschaften am 4. August zu antworten. Von der Arbeitsniederlegung sollen unberührt bleiben die Arbeiter, die bei der Wartung kranker Menschen, bei Pflege der Tiere und bei der öffentlichen Beleuchtung, Wasserversorgung und Reinigung beschäftigt sind. Jede statutarische Unterstützung während dieses Kampfes wird eingestellt; die vorhandenen Mittel bleiben reserviert, um der dringendsten Not zu steuern. Den in Arbeit verbleibenden Mitgliedern wird ein hoher Extrabeitrag auferlegt.

Die Aussperrungen am 26. Juli und am 2. August sind dem Programme des Arbeitgebervereins gemäß erfolgt, worauf der allgemeine Abwehrstreik der Gewerkschaften am 4. August seinen Anfang nahm. 83 000 Arbeiter sind ausgesperrt; 250 000 dürften insgesamt am Kampfe beteiligt werden.

Die Landeszentrale der Gewerkschaften Schwedens ist sich vollständig klar darüber, daß ein Kampf von solcher Ausdehnung in kürzester Frist entschieden sein muß und daß selbst die größten verfügbaren Mittel nicht ausreichen würden, alle Kämpfer genügend unterstützen zu können. Gleichwohl appelliert sie an die Solidarität der organisierten Arbeiter aller Länder, ihre Brüder in Schweden in diesem ihnen aufgedrungenen Kampfe nach besten Kräften zu unterstützen. Denn ein Niesenkampf wie dieser, hinterläßt selbst bei kürzester Dauer tiefe Wunden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat unverzüglich alle Schritte eingeleitet, um diese Hilfe ins Werk zu setzen und die Vorstände der Centralverbände haben dem Antrage der Generalkommission auf sofortige Einleitung einer Sammlung für die kämpfende schwedische Arbeiterschaft zugestimmt.

Wir richten nunmehr an die organisierte deutsche Arbeiterschaft die dringende Bitte, rasch und willig zur Unterstützung ihrer Kampfgenossen in Schweden beizutragen. Keiner entziehe sich dieser Pflicht der Arbeiter-solidarität.

Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlung an ihrem Ort zu centralisieren. Alle Geldsendungen sind zu richten an H. Kube, Berlin SO. 16, Engelsufer 14. Auf den Postabschnitten ist anzugeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands  
G. Legien.

würde eine noch erheblichere Erhöhung auch des Wochenlohnes gebracht haben, hätten sie nicht ein so großes Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Da aber die Arbeitsstunden reduziert wurden, mußte zunächst ein Ausgleich im Lohne durch Erhöhung der Stundenlöhne erkämpft werden. Dieser Ausgleich ist nicht nur erreicht worden, sondern darüber hinaus konnte eine bedeutende Erhöhung des Gesamtlohnes festgehalten werden.

Diese wichtige Tatsache, daß nämlich trotz einer Verkürzung der Arbeitszeit um 5 Proz. im Durchschnitt, der Wochenlohn im Laufe von zehn Jahren um 22,5 Proz. durch die Erhöhung der Stundenlöhne um 27,6 Proz. stieg, läßt Kautsky einfach verschwinden.

Ueber eine solche Methode, der Arbeiterschaft „den Weg zur Macht“ zu zeigen, brauchte eigentlich kein Wort mehr verloren werden.

Dabei muß man berücksichtigen, daß diese Zahlen den allgemeinen Durchschnitt für alle Arbeiter darstellen. Die einzelnen Berufe partizipieren daran ganz verschieden. Je besser die Organisation, je größer ihre Stützkräfte, um so größer waren ihre Errungenschaften. Einige Beispiele hierzu mögen genügen: für die Maurer müßten die Zahlen für 1907 lauten: Arbeitszeit 91,8, Stundenlohn 140,9, für die Zimmerer 88,9 und 151,9, bei den Bauarbeitern, die schlechter organisiert sind, ist die Arbeitszeit 94,4, aber der Stundenlohn hat die Verhältniszahl 127,2. Die Maler und Tapezierer stehen ähnlich wie die Maurer, bei den Dachdeckern betragen die Zahlen für Pappdachdecker 97,9 und 116,6, für Ziegel- und Schieferdecker 89,9 und 137,2.

Von alle dem muß Kautsky, als er seinen „Weg zur Macht“ schrieb, nicht ein Sterbenswörtchen gewußt haben. Was hätte sonst näher gelegen, als daß der Herausgeber der „Neuen Zeit“, die doch sozusagen eine offizielle Revue der deutschen Arbeiterpartei sein sollte, den großen, indifferenten, der Organisation noch abseits stehenden Massen zugerufen hätte: Seht Ihr, Ihr Faulen und Trägen, Ihr Denksfaulen und Feigen, das haben Eure Brüder in anderen Berufen errungen durch die Macht ihrer Organisation, ihrer Opferfreudigkeit, ihrer Solidarität und ihrer Tatkraft!

Aber nein, Kautsky läßt alle ihm unbequemen Zahlen verschwinden, um voraussetzen zu können: Dies gibt eine Vorahnung davon, daß auch nach dem Vorbeigehen der Krise und dem Wiedereintritt der Prosperität das Proletariat auf keine Wiederholung der letzten glänzenden gewerkschaftlichen Ära mehr zu rechnen hat.“ Punktum! Kautsky muß uns nach diesen Proben gestatten, die Ueberzeugung auszusprechen, daß ihm die Entwicklung der Gewerkschaften zu kraftvollen Organisationen im Wirtschaftsleben nicht am Herzen liegt. Was ihm vorschwebt, ist im Prinzip der französische Syndikalismus, nichts anderes. Natürlich nicht selbständige Arbeitersyndikate, wie sie die Franzosen immerhin wollen, sondern ein Syndikalismus, der sich zum Spielball aller möglichen Experimente mehr oder weniger unverantwortlicher Literaten ergibt.

Wir werden in der nachfolgenden Artikelserie den Versuch machen, den Herausgeber der „Neuen Zeit“ auf einiges Material aufmerksam zu machen, das er in Deutschland vorfinden kann, wenn er über die Erfolglosigkeit der deutschen Gewerkschafts-

bewegung wieder zu schreiben wünscht. Die Berechnung der Lebensmittel-Preissteigerung hat Genosse Calver vorgenommen, während die Angaben über die Lohnsteigerungen in einigen Berufen mit guter Gewerkschaftsorganisation uns aus den betreffenden Verbandsbüros zur Verfügung gestellt wurden.

Vorerst wollen wir aber noch auf eine andere Seite der Verwertung amerikanischer Statistiken durch den Genossen Kautsky hinweisen. Kautsky selbst erklärt auf Seite 78 seiner Broschüre: „Amerikanische Statistiken stehen nicht in dem Ruf, zu ungunsten der bestehenden Verhältnisse zu malen,“ die Verhältnisse sollen deshalb in Wirklichkeit „noch schlimmer“ sein, als Kautskys Tabelle sie schildert. Trotzdem verwendet er sie für so wichtige Schlußfolgerungen.

Ganz abgesehen davon, daß es nun nicht angeht, eine für amerikanische Verhältnisse aufgemachte Statistik so zu verallgemeinern, daß sie auch beweiskräftig für Deutschland sein soll, ist es auch irrig, für die amerikanische Arbeiterschaft das zu schließen, was Kautsky für gut findet. Schon eine etwas eingehendere Beachtung der Methode, nach der die Statistik ausgearbeitet wird, hätte Kautsky veranlaßt, die Statistik mit mehr Vorsicht zu benützen. Einmal gibt die Statistik nur darüber Auskunft, wieviel der Arbeiter mit seinem Wochenlohn Nahrungsmittel kaufen kann. Es ist aber keineswegs feststehend, daß sich die Lage der Arbeiter schon verschlechtert haben muß, wenn er mit seinem Lohne weniger Nahrungsmittel kaufen kann oder umgekehrt. Denn das Budget des Arbeiterhaushalts hat außer dem Posten für Ernährung noch sehr wichtige Posten für Wohnung, Bekleidung, Vergnügungen usw., die speziell bei dem amerikanischen Arbeiter weit stärker ins Gewicht fallen als bei dem deutschen. Es ist sehr leicht möglich, daß in einem Jahre die Preise für Nahrungsmittel scharf anziehen, während für andere Waren und Nutzungen die Preise zurückgehen. Wenn z. B. die Ernährung 40 Proz. der Gesamtausgaben ausmacht und diese im Preise während des folgenden Jahres um 10 Proz. steigt, so haben wir im folgenden Jahre die Ernährung mit 44 Proz. anzusetzen. Auf den anderen 60 Proz. der Ausgaben soll nun eine Ermäßigung von ebenfalls 10 Proz. eingetreten sein, so daß das folgende Jahr mit 54 Proz. einzusetzen ist. Geht man nun, wie Kautsky es tut, nur nach den Preisveränderungen am Markte für Lebensmittel, so ergäbe sich, daß der Arbeiter statt 100 für die gleichen Ausgaben seines Haushaltes im folgenden Jahre 110 zu zahlen hätte. Es wäre bei gleichbleibendem Lohne eine starke Verschlechterung eingetreten. Das braucht aber nicht der Fall zu sein. Nach unserer Annahme lägen die Dinge vielmehr so, daß im folgenden Jahre für die Ernährung 44, für die übrigen Posten 54, im ganzen also 98 zu zahlen sind, so daß 2 Teile des Einkommens zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage noch übrig blieben. So interessant und lehrreich die amerikanische Statistik sicherlich ist, das kann und will sie nicht beweisen, was Kautsky aus ihr deduziert.

Es sind aber noch andere Gründe gegen die Art und Weise, wie Kautsky die amerikanische Statistik benützt, anzuführen. Wie fern Kautsky den wirtschaftlichen Dingen, wie sie sich in Wirklichkeit abspielen, steht, das ist schon daraus zu ersehen, daß er auf Seite 78 seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ das Jahr 1907 noch ein „Jahr des Aufschwunges“ nennt. Gerade in diesem Jahre hat

Jahr	Beschäftigte Arbeiter	Arbeitszeit	Stundenlohn	Wochenlohn	Reinerlohn im Detailhandel	Kaufkraft des	
						Stundenlohnes	Wochenlohnes
1895	96,4	100,1	98,3	98,4	97,8	100,5	100,6
1896	98,6	99,8	99,7	99,5	95,5	104,4	104,2
1897	100,9	99,6	99,6	99,2	96,3	103,4	103,0
1898	106,4	99,7	100,2	99,9	98,7	101,5	101,2
1899	112,1	99,2	102,0	101,2	99,5	102,5	101,7
1900	115,6	98,7	105,5	104,1	101,1	104,4	103,0
1901	119,1	98,1	108,0	105,9	105,2	102,7	100,7
1902	123,6	97,3	112,2	109,2	110,9	101,2	98,5
1903	126,5	96,6	116,3	112,3	110,3	105,4	101,8
1904	125,7	95,9	117,0	112,2	111,7	104,7	100,4
1905	133,6	95,9	118,9	114,0	112,4	105,8	101,4
1906	142,9	95,4	124,2	118,5	115,7	107,3	102,4
1907	144,4	95,0	128,8	122,4	120,6	106,8	101,5

Kautsky hat aus dieser Tabelle nur die drei Rubriken herausgeschält, die wir in Kursivschrift setzen lassen. Von den anderen sehr wichtigen Rubriken wußte er in seiner Broschüre nichts. Und dabei sind sie durchaus nicht bedeutungslos. Die Arbeitszeit beispielsweise stand für das Jahrzehnt 1890/99 während ganzer fünf Jahre über dem Durchschnitt 100, während sie im Jahre 1907 auf 95,0 herabgesunken war. Nun ist es aber geradezu sinnlos, den Arbeitslohn ohne Berücksichtigung der Arbeitsdauer, d. i. das nach Zeit bemessene Arbeitsquantum, für das ein bestimmter Arbeitslohn gezahlt wird, herauszugreifen. Gerade um die Verkürzung der Arbeitszeit sind die heftigsten und langwierigsten Gewerkschaftskämpfe sowohl in Deutschland als auch besonders in Amerika geführt worden. Ueber die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften zu dieser Frage hat der Präsident der American Federation of Labor, Genosse Gompers, in seinem Berliner Vortrage unter anderem folgendes ausgeführt:

„Es ist auffallend, welch großes Gewicht die amerikanischen Gewerkschaften auf die Verkürzung der Arbeitszeit legen. Weniger Arbeit ist das Erste, das wir verlangen und täglich wiederholen wir die Forderung nach mehr freie Zeit. Freie Zeit, das wissen wir sehr wohl, ist das Wertvollste, das wir dem Arbeiter verschaffen können. Nur recht viel freie Zeit kann die geistige und körperliche Fortentwicklung der Arbeiterklasse ermöglichen, kann alles das, was in uns gut und edel ist, zur vollen Entfaltung gelangen lassen. Das wissen auch die Unternehmer sehr wohl, daher ihr Widerstand gegen diese Forderung. Sie wissen, daß eine geistig und körperlich gut entwickelte Arbeiterklasse nicht mehr willkürlich unterjocht werden kann, daher suchen sie die Möglichkeit dieser Entwicklung gleich von vornherein zu verhindern.“

Gompers schilderte auch kurz die heftigen Kämpfe, die die amerikanischen Arbeiter gerade um die Verkürzung der Arbeitszeit haben führen müssen. Die Schriftsteller haben 17 volle Monate um den Achtstundentag gekämpft. 16 Millionen Mark betrug die Kosten des Kampfes. Die Bergarbeiter des Südens errangen im Jahre 1897 durch einen 24wöchigen Streik den Achtstundentag. Zurzeit haben drei Viertel sämtlicher Bergarbeiter der Vereinigten Staaten den Achtstundentag, ein Viertel arbeitet noch 9 Stunden.

Unsere deutschen Gewerkschaften legen nicht minder Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch sie warten nicht auf die Erfüllung dieser Forderung durch die Gesetzgebung. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß die Gesetzgebung in Deutschland erst dann für eine gesetzliche Regelung der Arbeits-

zeit zu haben ist, wenn in der Praxis eine gewisse Stufe schon durch den gewerkschaftlichen Kampf erreicht wurde. Wir erinnern nur an den Zehnstundentag der Arbeiterinnen, der noch 1904 beim Crimmitschauer Streik für die Regierung undiskutabel war, heuer aber, nachdem die Gewerkschaften ihn bereits in der Praxis errungen haben, die gesetzliche Festlegung erfuhr.

Aber noch mehr. Die gewerkschaftliche Streitakt in Deutschland hat sich immer mehr dahin entwickelt, die Frage der Arbeitszeitverkürzung von der Lohnfrage bei der Aufstellung von Forderungen zu trennen. Meistens wird nur ein Ausgleich gefordert, so daß bei neunstündiger Arbeit der gleiche Lohn erreicht werden kann, wie ehemals in 9½ Stunden. In der Lohnfrage geht man dann bei der nächsten Tarifrevision besonders vor. Die Praxis hat erwiesen, daß diese Taktik den größeren Erfolg sichert.

Für Kautsky spielt diese Verkürzung der Arbeitszeit keine Rolle. Er bemißt den Reallohn lediglich nach dem Quantum Mehl, das er für eine bestimmte Lohnsumme kaufen kann. Wenn er 60 Mk. verdient gegen 50 Mk. im Vorjahre und kann dafür 270 Pfund Mehl kaufen, gegen 250 im Vorjahre, dann hat sich sein Reallohn von 100 auf 108 erhöht. Umgekehrt, wenn er bei 50 Mk. Wochenlohn im Vorjahre 250 Pfund Mehl kaufen konnte, in diesem Jahre aber für 60 Mk. Lohn nur 240 Pfund Mehl erhält, dann hat sich sein Reallohn von 100 auf 96 reduziert\*).

Nun sind die Arbeiter schließlich doch keine Mehlhändler. Zur Bewertung ihres Reallohnes muß daher nicht nur die Kaufkraft des Wochenlohnes, sondern auch das Quantum Arbeitskraft in Anrechnung gebracht werden, das für eine bestimmte Lohnsumme verausgabt werden muß. Wenn die Gewerkschaft ihren Mitgliedern für acht Stunden Arbeit den gleichen Lohnsatz wie früher für 10 Stunden erringt, so bedeutet das zweifellos eine Erhöhung des Kulturstandes und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Position der Arbeiter. Gelingt es ihr aber, den Lohnsatz bei verkürzter Arbeitszeit noch über den früheren Satz zu erhöhen, so ist diese Verbesserung um so nachhaltiger.

Die Kaufkraft des Lohnes wird in Deutschland zurzeit durch Umstände bestimmt, die mehr auf politischem Gebiet liegen. Hier hört aber die Tätigkeit der Gewerkschaften im wesentlichen auf und die der politischen Interessenvertretung der Arbeiter im Parlament beginnt. Kautsky sollte sich daher mit seinen Lehren von der Abnahme der Kaufkraft des Lohnes vornehmlich an die sozialdemokratische Partei wenden, denn es ist ihr ureigenstes Gebiet, das er hier betritt.

Nach dem eben Gesagten werden unsere Leser leicht herausfinden, weshalb Kautsky die beiden Rubriken Arbeitszeit und Stundenlohn herausgelassen hat. Die Arbeitszeitrubrik zeigt, daß die amerikanischen Gewerkschaften mit bestem Erfolge für die Verkürzung der Arbeitszeit tätig waren. Sie erreichten, alle Berufe zusammen genommen, eine Arbeitszeitverkürzung von nahezu 5 Proz. seit 1898 bis 1907. Der Stundenlohn aber stieg in der gleichen Zeit von 100,2 auf 128,8, also um 27,6 Proz. Der Wochenlohn freilich ist nicht ganz so hoch gestiegen, sondern von 99,9 auf 122,4 oder 22,5 Proz. Die von den amerikanischen Gewerkschaften erzielte Erhöhung des Stundenlohnes

\*) „Neue Zeit“, Nr. 41, Seite 519/20.

ist. Die Beteiligungsziffern der einzelnen Waren, auf dieser Grundlage berechnet, sind folgende:

Weizen . . . . .	3,29	Zucker . . . . .	0,52
Roggen . . . . .	5,24	Tabak . . . . .	0,06
Kartoffeln . . . . .	17,71	Steinkohle . . . . .	64,84
Reis . . . . .	0,09	Petroleum . . . . .	0,59
Schweine . . . . .	0,70	Roheisen . . . . .	5,84
Rinder . . . . .	0,56	Baumwolle . . . . .	0,23
Mälder . . . . .	0,10	Jute . . . . .	0,27
Hammel . . . . .	0,04	Seide . . . . .	0,002
Kaffee . . . . .	0,10		

Während also am Gesamtverbrauch der hier aufgeführten Waren Steinkohle mit 64,84 Proz. beteiligt ist, partizipiert Seide nur mit 0,002 Proz. Der Verbrauch der beiden Waren verhält sich wie 64,84 zu 0,002. Auf je 32 420 Tonnen verbrauchter Steinkohle entfällt immer erst 1 Tonne Seide. Entsprechend diesen Verbrauchsquoten wirken natürlich die Preisveränderungen der einzelnen Waren äußerst verschieden auf den Konsum ein. Eine Preissteigerung kann, auch wenn sie absolut betrachtet gering ist, den Volkshaushalt ziemlich stark belasten, während umgekehrt bei einer Ware, die nur wenig konsumiert wird, eine starke Preissteigerung den Gesamtverbrauch wenig beeinflusst.

Wenn wir also die Preisveränderungen, die sich fortgesetzt am Warenmarkt vollziehen, in ihrer Gesamtwirkung auf den Volkshaushalt feststellen wollen, so müssen wir den Preis der Ware mit der Konsumanteilziffer der nämlichen Ware in Beziehung setzen, das heißt wir müssen die Beteiligungsziffer mit dem Preis der einzelnen Ware pro Gewichtseinheit (Tonne) multiplizieren. Die Summe der 17 Posten ergibt dann den Betrag für eine Konsumeinheit in Mark. Dieser Betrag zeigt das jeweilige Warenpreisniveau an und kann als Indexziffer gelten. Diese Indexziffer ist zweifellos besser als die bisher arithmetisch gewonnenen Durchschnitte, die die Preisveränderungen aller Waren so behandeln, als ob jede Ware im Volkshaushalt die gleiche Rolle spielte. Sicherlich ist die Methode, nach der wir hier einen Warenpreisindex berechnen, noch verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig, aber sie zeigt den Weg, auf dem es überhaupt nur möglich ist, zu einem brauchbaren Maßstab für die Wirkungen der Preisveränderungen auf den Konsum zu gelangen. Die berücksichtigten 17 Waren spiegeln einen so hohen Prozentsatz des Gesamtverbrauches wider, daß sich in der berechneten Indexziffer die Veränderungen des Warenpreisniveaus auf dem deutschen Markte ziemlich richtig widerspiegeln. Die Indexziffer gibt den Kostenbetrag für den Großhandel an, und zwar nach den monatlichen Notierungen des kaiserlichen statistischen Amtes. Die Jahresziffer ist aus den monatlichen Berechnungen gewonnen. Die Preisveränderungen im Großhandel drücken also nicht die Preisveränderungen im Kleinverkehre aus, obgleich man annehmen darf, daß die stärkeren Schwankungen auch in den Detailpreisen wiederkehren. Man kann annehmen, daß mindestens 67 Prozent aller für den Arbeiterhaushalt in Frage kommenden Waren von dem Warenpreisindex berücksichtigt sind. Die Indexziffer will auch nicht besagen, daß der berechnete Kostenbetrag der Konsumeinheit nun auch tatsächlich bezahlt wird und bezahlt werden muß. Wir messen an der Indexziffer vielmehr nur die Bewegung des Warenpreisniveaus.

Nach Vorausschickung dieser methodologischen Bemerkungen geben wir nun nachstehend auf Grund

unserer Berechnungen die Warenpreisindexziffer für die Jahre 1895 bis 1908. Es stellte sich die Indexziffer, d. i. der auf Grund der gleichen Großhandelsnotierungen berechnete Kostenbetrag pro Verbrauchseinheit in Mark, wie folgt:

	Absolute Ziffer	Relative Ziffer (1895 = 100)
1895 . . . . .	4618,55	100,00
1896 . . . . .	4606,30	99,74
1897 . . . . .	4914,41	106,46
1898 . . . . .	5162,09	111,77
1899 . . . . .	4994,90	108,15
1900 . . . . .	5334,16	115,49
1901 . . . . .	5281,02	114,34
1902 . . . . .	5166,28	111,86
1903 . . . . .	5167,70	111,89
1904 . . . . .	5353,95	115,92
1905 . . . . .	5664,76	122,65
1906 . . . . .	5662,00	122,59
1907 . . . . .	5986,25	129,61
1908 . . . . .	5886,88	127,46

Man ersieht aus den vorstehenden Ziffern, um wieviel Prozent das Warenpreisniveau im Großhandel in den einzelnen Jahren über resp. unter dem Ausgangsjahre 1895 stand. Am höchsten stellte sich die Indexziffer im Jahre 1907, wo sie 29,61, also fast 30 Prozent über den Stand des Jahres 1895 hinausging. Das Jahr 1908 hat uns eine kleine Ermäßigung von 129,61 auf 127,46 gebracht.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Die Gewerbeinspektion in Württemberg im Jahre 1908.

Der fällige Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion ist erst jetzt mit erheblicher Verspätung gegen frühere Jahre erschienen. Leider wird man durch seinen Inhalt in hohem Maße enttäuscht. Man ist von den württembergischen wie den badischen Gewerbeinspektoren gewöhnt, daß sie in ihren Berichten zu den verschiedenen Fragen ihres Tätigkeitsgebietes selbständig Stellung nehmen und mit ihrem Urteil nicht zurückhalten. Von dieser Selbständigkeit zeigt der vorliegende Bericht sehr wenig. Mit monotoner Gleichförmigkeit, lediglich unterbrochen von ständig wiederholenden stereotypen Verbeugungen vor den ach so liebenswürdigen und einblicksvollen Unternehmern, reiht sich Revisionsergebnis neben Revisionsergebnis. Selbst der sonst in Arbeitsfragen so beschlagene und redelustige Beamte des 3. Bezirks ist fast ganz verstummt und an Stelle seiner stets interessanten, von eindringender Sachkunde zeugenden Ausführungen haben wir nichts als einen jener fattsam bekannten sogenannten „objektiven Berichte“ vor uns. Man hat es also fertig gebracht, auch den württembergischen Beamten den Mund zu verbinden; eine zwar bedauerliche, deshalb aber nicht minder wahre Tatsache. Schade, daß im württembergischen Landtage die Etatberatung über diesen Gegenstand schon hinaus ist, anderenfalls würde sich wohl Verschiedenes dazu sagen lassen, was für die Regierung nicht gerade angenehm zu hören wäre.

Was den Bericht selbst anbelangt, so verfügt danach die württembergische Gewerbeinspektion gegenwärtig über 14 Beamte, 2 Beamtinnen und 1 Arzt; letzterer ist aber nur nebenamtlich tätig. Revisionspflichtige Betriebe waren im Berichtsjahre 15 626 mit 221 468 Arbeitern gegenüber 15 049 Betrieben mit 225 923 Arbeitern im Vorjahre vorhanden.

doch die Krise in Amerika so scharf und jäh eingesezt, wie in keinem anderen Industrielande und den amerikanischen Arbeitsmarkt ungemein verwüstet. Daß also im Jahre 1907 die Kaufkraft der Löhne für Nahrungsmittel zurückging, ist um so natürlicher, als die Weizenpreise in die Höhe gingen. Man könnte sich höchstens wundern, daß die Sätze der Stundenlöhne noch so kräftig zunahmen. Was nützt aber dies für die Beweisführung Kautskys, wenn man erwägt, daß im letzten Viertel 1907 schon Zehntausende von Arbeitern infolge der starken und plötzlichen Entlassungen überhaupt nichts mehr verdienten. Und hier kommen wir auf einen weiteren sehr erheblichen Mangel der Statistik, der sie ungeeignet zu solchen Schlußfolgerungen macht, wie sie Kautsky vornimmt. Die Statistik gibt an, wie hoch durchschnittlich der Stundenlohnsatz ist und wieviel der Arbeiter bei voller Beschäftigung wöchentlich verdient. Es wird aber ganz und gar unberücksichtigt gelassen, welcher Prozentsatz der Arbeiter vollbeschäftigt ist, und in welchem Grade die übrigen Arbeiter nicht voll beschäftigt sind. Wenn bei hohem Stundenlohn 90 Proz. voll beschäftigt sind und 10 Prozent nichts verdienen, weil sie keine Arbeitsgelegenheit haben, so kann dies eine schlechtere wirtschaftliche Position der Arbeiterbevölkerung ergeben, als wenn bei etwas niedrigerem Lohnsatz 95 Proz. der Arbeiter voll beschäftigt sind.

Wenn nun schon für die amerikanische Arbeiterbevölkerung aus der von Kautsky angeführten Statistik das nicht bewiesen werden kann, was Kautsky aus ihr folgert, und wenn es daher weiter schon ganz absurd ist, aus diesem statistischen Materiale auch noch auf die relative Ohnmacht der gewerkschaftlichen Tätigkeit in Amerika schließen zu wollen, so ist es ganz und gar unzulässig, aus den amerikanischen Ziffern auch schlankweg die Verhältnisse in Deutschland beurteilen und daraufhin Prophezeiungen basieren zu wollen. Wenn Kautsky auf Grund seiner wissenschaftlichen Ueberzeugungen beweisen will, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht geeignet sei, einen langsamen und sicheren Aufstieg des Arbeiters herbeizuführen, so hätte er diese Behauptung, die ja doch in erster Linie für deutsche Verhältnisse zu gelten hat, zum mindesten durch einen Nachweis für deutsche Verhältnisse begründen müssen. Wenn er aber das nicht konnte oder nicht wollte, so hätte er vorsichtigerweise besser geschwiegen, als beweislose Behauptungen aufgestellt, deren Tragweite tief in die Taktik und die Richtung der modernen Arbeiterbewegung eingreifen müssen.

## II.

### Die Steigerung der Lebensmittelpreise in Deutschland.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterbevölkerung hat sich unter der Entfaltung der gewerkschaftlichen Tätigkeit zweifellos, wenn auch langsam, doch sicher gebessert, und es ist gar kein Grund vorhanden, aus irgendeiner vorgefaßten Meinung heraus anzunehmen, daß diese Entwicklung sich nicht weiterhin fortsetzen könnte.

Gegenüber den Ausführungen von Kautsky wollen wir einige statistische Aufnahmen unserer Gewerkschaften selbst sprechen lassen, soweit aus ihnen die Bewegung der Löhne hervorgeht. Um aber die durch die erwähnten Aufnahmen festgestellten Nominallöhne auf ihre jeweilige Kaufkraft abstimmen zu können, ist es vorher erforderlich, die Bewegung der Warenpreise zu verfolgen.

Auch in Deutschland liegt die Warenpreistatistik noch ziemlich im argen. Die Notierungen erfolgen nicht nur nach den aller verschiedensten Methoden, sondern meist ohne jede Rücksicht auf die Umfänge. Wir haben eine Unmasse von Einzelnotierungen für den Großhandel und den Detailverkehr, aber wir haben noch keinen Maßstab, um den Gesamteffekt aller oder doch der hauptsächlichsten Preisveränderungen auf den Volkshaushalt zu bemessen. Wohl gibt es Versuche, die aus der Addition der Preise wichtiger Waren einen Durchschnitt ziehen und Indexziffern bilden, aber es ist ganz klar, daß derartige Indexziffern die Wirkung der einzelnen Preisveränderungen auf den Konsum nicht zum Ausdruck bringen. Will man die Preisbewegung mit Rücksicht auf ihren Einfluß auf den Konsum richtig bewerten, so muß man den Preis der Ware in Beziehung zum Verbrauch der Ware setzen. Steigt der Preis von zwei Waren um 5 Proz., so wird die Wirkung auf den Konsum nur die gleiche sein, wenn er für beide Waren quantitativ gleich groß ist; wird die zweite Ware zehnmal weniger konsumiert als die erste, so fällt bei der zweiten die fünfprozentige Erhöhung entsprechend schwächer ins Gewicht als bei der ersten. Nun können wir allerdings bei der heutigen Entwicklung der wirtschaftlichen Statistik erst einen Teil sämtlicher in den Konsum übergehender Waren erfassen, und auch hier müssen wir die Warenpreisnotierungen im Großhandel zugrunde legen. Auch läßt die Produktions- und Handelsstatistik nicht den Verbrauch, sondern nur die Versorgung des inländischen Marktes zu. Aber an diese Ziffern kann man sich um deswillen halten, weil die Ziffern der Versorgung für längere Zeiträume mindestens das Verhältnis des Verbrauches ausdrücken. Wir können für folgende Waren die Versorgung des Inlandsmarktes ermitteln:

Weizen, Roggen, Kartoffeln, Reis, Schweine, Rinder, Kälber, Hammel, Kaffee, Zucker, Tabak, Steinkohle, Petroleum, Roheisen, Baumwolle, Jute, Seide.

Das sind im ganzen 17 Waren, die im Volkshaushalte eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wir berechnen für jede Ware die gesamte Versorgung, weil in irgendeiner Form die Ware doch in den Konsum übergeht; das gilt namentlich auch von Steinkohle und Roheisen. Es werden dabei in unserer Berechnung nicht nur Nahrungsmittel einbezogen, sondern auch andere Waren, die direkt, wie z. B. Baumwolle für Kleidung und Wäsche, oder indirekt zur Befriedigung anderer Bedürfnisse dienen. Dagegen bleiben die erst im Detailhandel zum Vorschein kommenden Aufschläge infolge der Weiterverarbeitung und in Form der Vertriebskosten und des Handelsgewinnes unberücksichtigt. Es ist nicht ohne weiteres anzunehmen, daß der Prozentsatz dieser Aufschläge stabil bleibt, vielmehr ist auch er Schwankungen unterworfen. Immerhin kann man annehmen, daß die Schwankungen im Großhandel sich auch mit größerer oder geringerer Schärfe in den Detailpreisen spiegeln. Ermitteln wir nun die Versorgung des Inlandsmarktes mit den aufgeführten 17 Waren, so erhalten wir eine Mengenziffer, die wir in ihrer Gesamtheit mit 100 bezeichnen. Berechnen wir den prozentualen Anteil der einzelnen dieser 17 Waren an der Gesamt-mengenziffer, so erhalten wir für jede einzelne Ware eine Verhältniszahl, mit der sie an je einer Verbrauchseinheit, z. B. an je 100 Tonnen, beteiligt

Revidiert wurden 13 741 Betriebe = 87,9 Proz. in 14 272 Revisionen, im Vorjahre 13 100 Betriebe = 87 Proz. in 13 611 Revisionen. Hinzukommen noch 1290 Revisionen in solchen Betrieben, in denen zurzeit des Besuches keine Arbeiter beschäftigt wurden und die also eigentlich nicht der Revisionspflicht unterstanden. Die Gesamtzahl der Revisionen betrug demnach 1908 16 346 gegen 16 021 im Vorjahre. Von den vorhandenen Betrieben wurden 15 223 einmal, 462 zweimal und 30 drei- und mehrmal besucht. Mit dem ärztlichen Mitglied fanden 56 Revisionen in 54 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen statt. In bezug auf den Umfang der Revisionsstätigkeit ist die württembergische Gewerbeinspektion nach wie vor der Gewerbeaufsicht anderer Bundesstaaten ziemlich weit voran und von der unsererseits vertretenen Forderung, daß jeder gewerbliche Betrieb mindestens einmal im Jahre revidiert werden muß, nicht mehr allzuweit entfernt.

Die Beziehungen zu den Arbeitern werden in dem Bericht als gute geschildert und als Beweis dafür die Teilnahme der Beamten an verschiedene Veranstaltungen der katholischen, evangelischen und Hirsch-Dunderschen Arbeitervereine erwähnt. Von den Veranstaltungen der freien Gewerkschaften wird nichts bemerkt, freilich glänzten hierbei die Gewerbeinspektionsbeamten durch Abwesenheit, obwohl sie — wie z. B. zu der am 29. März 1908 stattgefundenen württembergischen Gewerkschaftskonferenz, welche zu der Frage der Arbeiterkammern Stellung nehmen sollte, — eingeladen waren. Diese, den Aufsichtsbeamten von oben anbefohlene Brüstierung der freien Gewerkschaften hat bereits zu einer merklichen Entfremdung zwischen ihnen und Gewerbeinspektion geführt, welche in der Folge wohl noch zunehmen wird. Jedenfalls besteht auf seiten der Arbeiter keine Reigung, sich einer erneuten Brüstierung auszusetzen. Man beschäftigt sich deshalb auch bereits damit, zu erwägen, ob nicht das bis dahin für die Verbindung zwischen Gewerbeinspektion und Arbeiter gepflegte System der Vertrauenspersonen in Wegfall kommen soll. Die Gewerkschaften können auf diese Einrichtung um so eher verzichten, als ihnen ihre Ausbreitung genügend Mittel an die Hand gibt, um auf die Abstellung von Mißständen in den Betrieben hinzuwirken.

Auch die Beziehungen der Beamten zu den Arbeitgebern sind nach dem Bericht gute. Wenn man freilich die dieser konventionellen Floskel folgenden Einzelheiten des Berichts liest, erscheint die Sache doch etwas anders, es müßte denn sein, daß der zufriedenstellende Zustand erst aufhört, wenn die Beamten von den Betriebsunternehmern eigenhändig und mit sanftem Nachdruck aus den Betrieben hinausgeworfen werden. Allzuweit entfernt davon sind sie oft genug nicht gewesen. Von dem gleichen Werte wie über die „guten Beziehungen“ sind die sich jährlich wiederholenden stereotypen Bemerkungen über die „zunehmende Einsicht der Unternehmer von der Notwendigkeit des gesetzlichen Arbeiterschutzes“. Welcher Art diese Einsicht ist, geht aus den Mitteilungen der Assessorinnen — wie die weiblichen Beamten genannt werden — hervor, wonach es nicht ausgeschlossen ist, daß bei unangemeldetem Betreten der Fabrik durch die Aufsichtsbeamten „ein Saal dem anderen die Meldung weitergibt, wie auch telephonische gegenseitige Benachrichtigungen sämtlicher Firmen ganzer Ortschaften über das Erscheinen der Beamten nachzuweisen sind.“ Mit der angeblichen Einsicht in Wider-

spruch steht auch die große Zahl der gegen Schutzgesetzbestimmungen ermittelten Zuwiderhandlungen, deren nicht weniger wie 4151 festgestellt wurden, gegenüber 4694 im Vorjahre. Die geringe Abnahme der Zuwiderhandlungen will nicht viel besagen, da sie sich durch den schlechten Geschäftsgang hinlänglich erklärt.

Das häufige Vorkommen von Verfehlungen gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz hat überwiegend in der den Unternehmern gegenüber geübten Milde seinen Grund, sind doch die gegen sie erkannten Strafen meist lächerlich gering, und zwar obwohl der Minister des Innern wie auch der Justizminister auf Vorhalt im Landtage ein strengeres Vorgehen in Aussicht gestellt hatten. So wurde ein Sägemühlbesitzer und der Inhaber einer Druckerei wegen Längerbeschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 14 Jahren mit je 10 Mk., ein Pianoforte- und ein Textilfabrikant mit je 5 Mk. bestraft. Eine große Rammgarnspinnerei, welche nachgewiesenermaßen den Gewerbeinspektoren über die Beschäftigung von Kindern seit Jahren unwahre Angaben gemacht hat und dieselben statt 6 Stunden 10 Stunden täglich arbeiten ließ, wurde auf Anzeige zu ganzen 40 Mk. Strafe verurteilt. Daß solche Strafen keine abschreckende Wirkung ausüben, ist selbstverständlich, ebenso, daß unter solchen Umständen die Gesetzesverletzungen nicht aufhören und der Arbeiterschutz vielfach nur dem Namen nach existiert.

Für die Durchführung des Kinderschutzes wurden 723 Revisionen vorgenommen, wobei die Beamten 815 eigene, 200 fremde und 23 für Dritte beschäftigte Kinder ermittelten. Das ist zweifellos nur ein kleiner Teil der gewerblich tätigen Kinder. Die Aufsichtsbeamten sind derselben Ansicht und bemerken, daß die im Hause vorgenommene gewerbliche Kinderarbeit ohne Mitwirkung der Lehrer kaum zu erfassen sei. Bedauerlicherweise läßt diese Mitwirkung aber sehr zu wünschen übrig, weil sich das Kultusministerium hierzu in völliger Verkennung der Sachlage ablehnend verhält. Die Unterscheidung des Gesetzes zwischen eigenen und fremden Kindern führt zu fortwährenden Anzuträglichkeiten und erschwert die Durchführung des Gesetzes in hohem Maße. Das Gleiche trifft zu infolge der Teilnahmslosigkeit der Ortsbehörden, die sich selten über die Heimarbeit am Orte orientiert zeigen. Bei den vorgenommenen Revisionen nahm sich nur in einem Falle der Ortsvorsteher die Mühe, die Beamten auf ihrem Gange durch die hausindustriellen Betriebe zu begleiten. „Trotz dahingehenden ministeriellen Erlasses hielt es keine Ortsbehörde für notwendig, bezüglich Feststellung der beschäftigten eigenen Kinder eine Revisionsstätigkeit zu entwickeln und auch bezüglich der fremden Kinder war mit Ausnahme der größeren Oberamtsstädte von solcher nichts zu bemerken, obwohl sich die Beschäftigung der Kinder taatärllich unter den Augen der Polizei vollzog.“ Die Polizeibehörden halten es nicht der Mühe wert, sich um die ihnen zu unbedeutend dünkende gewerbliche Kinderarbeit zu kümmern, oder sie kommen aus zu großer Rücksichtnahme zu keinem Eingreifen. Das ist ein vernichtendes Urteil für die örtlichen Aufsichtsbehörden. Leider ergibt sich daraus, daß vorerst der gesetzliche Kinderschutz nur auf dem Papier steht. Von der Summe des sozialen Elends, das den Kinderschutz notwendig macht, erhält man einen kleinen Begriff durch die Klage der Be-

amtinnen, daß sie manchen ihnen entgegentretenden Fällen ratlos gegenüberstehen, wie sie dem Kinderschutz Eingang verschaffen sollen, dessen strenge Durchführung eine soziale Notwendigkeit im Interesse der kommenden Geschlechter ist.

Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der gewerblichen und revisionspflichtigen Anlagen um 602 gleich 5,8 Proz. vermehrte, die Zahl der Arbeiter aber um 3 Proz., der Arbeiterinnen um 0,008 Proz. und der Kinder unter 14 Jahren um 6,9 Proz. zuzunahme. Zugunommen hat nur die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 0,3 Proz. Die Ursachen des Arbeiterrückganges sind zum Teil in der wirtschaftlichen Krise, zum Teil in technischen Verbesserungen begründet. So hat in der Textilindustrie der Ersatz der Selfaktoren durch die Ringspinnmaschinen weitere Fortschritte gemacht und ist an die Stelle des männlichen Spinners das Drosselmädchen getreten. Die bereits in verschiedenen Webereien eingeführten Northrogstühle bedeuten eine wesentliche Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft, denn an die Stelle von seither 4 Weberinnen tritt 1 Weber. In einer Hutfabrik wurden durch Aufstellen von Blasmaschinen 12 Arbeiterinnen überflüssig und ebenso bereitet sich im Buchdruckgewerbe infolge der Einführung von pneumatischen Anlegeapparaten eine Ueberflüssigmachung von Anlegerinnen vor. Die gleichen Erscheinungen sind in anderen Gewerbezweigen, so in der Spielwarenindustrie, der Maschinenindustrie usw. bemerkbar.

Aus allen Bezirken wird ein allgemeines Hinstreben auf Verkürzung der Arbeitszeit gemeldet, so daß normale Arbeitszeiten über 60 Stunden pro Woche mehr und mehr zur Seltenheit werden und nur noch in den kleinen, handwerksmäßigen Betrieben vorkommen. Wenn auch verschiedentlich die Arbeitszeitverkürzungen unter der Hinwirkung der wirtschaftlichen Krise vorgenommen wurden, so besteht doch die begründete Aussicht, daß sie zum größeren Teil dauernde Einrichtungen werden. Das ist besonders in der Textilindustrie der Fall, die sich bereits durch technische Betriebsverbesserungen auf eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit einrichtet, wozu sie freilich noch durch den gesetzlichen Zehnstundentag gezwungen ist.

Die Durchführung der Bäckereiverordnung läßt noch viel zu wünschen übrig. Besonders die Meister in den kleinen Städten und in den Landorten haben sich damit noch immer nicht abgefunden. Die Ueberstreichung der gesetzlichen Arbeitszeit erfolgt aber weniger durch Berufsarbeiten, als infolge der Verwendung der Arbeiter zu allerlei Nebenarbeiten, besonders in der Landwirtschaft. So beschäftigte einer dieser Gemütsmenschen von Bäckermeister seinen jungen Gehilfen regelmäßig von 2 Uhr nachts bis 10 Uhr vormittags in der Bäckerei, von da ab, bis abends 6 Uhr, in der Landwirtschaft und dann bis 7 Uhr mit der Herstellung des Vortrags. Dem Arbeiter blieb somit, abgesehen von kürzeren Essenspausen, nur eine Ruhezeit von 7 Stunden.

In den Getreidemühlen haben sich die Verhältnisse gegenüber früheren Jahren gebessert. Diese Besserung ist nicht nur auf die stärkere Konkurrenz im Müllereigewerbe als auch darauf zurückzuführen, daß man mehr und mehr dazu übergeht, neben der unzuverlässigen und schwankenden Wasserkraft eine Reserve in Form von Gas-, Benzin- oder Elektromotoren anzuwenden. Die Arbeitsstätigkeit wird dadurch eine anstrengendere aber auch geregeltere. Wo

derartige Verbesserungen nicht vorhanden sind, kommen noch immer Uebertretungen der gesetzlichen Arbeitszeit vor. Vielen Müllereibesitzern erscheint eine 16stündige Ruhezeit genügend gewahrt, wenn der Arbeiter die ganze Nacht auf einer Pritsche in der Mühle liegt und nur 5 bis 6mal zur Bedienung der Mahlgänge aufstehen muß. Gegen 3 Mühlenbesitzer wurde Strafantrag gestellt, weil sie ihren Arbeitern **erst nach einer 40 bis 42stündigen Arbeitszeit** die achtstündige ununterbrochene Ruhezeit gewährten. Schwere Klagen wurden von den Aufsichtsbeamten über die mangelhafte Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen im Gaimwirtsgeerbe erhoben. Die Revision in den Gast- und Schankwirtschaften gestaltet sich sehr schwierig. Zuverlässige Angaben über die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften sind sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitern nicht zu erhalten. Die Verzeichnisse über Ruhezeiten und Uebertretungen werden fast durchweg schematisch, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse, geführt. Die Schwierigkeiten der Durchführung liegen zum großen Teil im Trinkgelderumwesen. An den kleinen Orten wird die Durchführung durch die Unkenntnis des Personals erschwert. Kellner und Köchinnen werden in der Regel als Dienstboten eingestellt und zuerst ausschließliche in Küche und Wirtschaft beschäftigt, um dann später dauernd mit Bedienen der Gäste oder in der Küche verwendet zu werden. Der Arbeitgeber betrachtet sie trotzdem als Dienstboten und werden von ihm Einträge in das Kontrollverzeichnis nicht gemacht.

Trotz der ungünstigen Geschäftskonjunktur fehlte es nicht an Lohnkämpfen der Arbeiter. Zur Kenntnis der Gewerbeinspektion kamen 22 Streiks und 7 Aussperrungen, wobei insgesamt 2924 Arbeiter beteiligt waren. In einer Anzahl von Fällen gelang es ihnen, Zugeständnisse in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit zu erlangen bzw. ihnen angefohrene Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückzuweisen. Auch eine größere Anzahl Tarife gingen aus diesen Lohnkämpfen hervor von denen der Gewerbeinspektion 30 zur Kenntnis kamen, die 513 Betriebe mit 4290 Arbeiter umfassen.

Wie überall war die wirtschaftliche Krise für die Entwicklung der Gewerkschaften wenig günstig; es trat ein Rückgang der Mitgliederzahl ein. Bei den freien Gewerkschaften ging die Zahl der Mitglieder von 54 764 auf 53 050, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen von 2200 auf 2038 zurück, dagegen erzielten die christlichen Gewerkschaften eine kleine Zunahme von 3751 auf 4000. Letztere Zahl ist jedoch mit einiger Vorsicht aufzunehmen, denn die christlichen Angaben haben sich in dieser Richtung stets als sehr unzuverlässig erwiesen.

Die von der Schweiz aus unternommenen Versuche, eine gelbe Arbeiterpartei ins Leben zu rufen, schlugen fehl. Der Führer der Selben hat bereits wieder unter Zurücklassung nicht unerheblicher Schulden den württembergischen Staub von den Pantoffeln geschüttelt. Dennoch haben die Unternehmer den Gedanken, gelbe Arbeitervereine ins Leben zu rufen, nicht aufgegeben. Ihr Ziel sind Wertvereine, die durch Unterstützungskassen die Arbeiter von dem Beitritt zu den Gewerkschaften abhalten sollen. Besonders aktiv haben sich in bezug hierauf die Metallindustriellen gezeigt, die unter der

Hand bereits alles für die Gründung solcher Werkvereine vorbereitet hatten. Der deutsche Metallarbeiterverband verwarf ihnen jedoch durch die Veröffentlichung des feinen Planes das Konzept. Seitdem hat man von der Gründung gelber Gewerkschaften oder Arbeitervereine nichts mehr gehört.

Nach dem Bericht hat sich die Organisation der Unternehmer im letzten Jahre kräftig entwickelt. Die stärkste Organisation bildet der Verband württembergischer Metallindustrieller, der 130 Betriebe mit 20 817 Arbeitern umfaßt. Auf seine Anregung kam im Berichtsjahre ein Kartellvertrag mit 8 Arbeitgeberverbänden zustande, welcher sich auf 1700 Betriebe mit 71 500 Arbeitern erstreckt. Der Zweck des Vertrages ist die gegenseitige Unterstützung bei Arbeiterbewegungen mit der Maßgabe, daß streikende Arbeiter bei keiner der kartellierten Firmen Aufnahme finden. Dem Kartell gehören an: 1. Der Verband Metallindustrieller in Württemberg, 2. der Verband süddeutscher Textilindustrieller mit Beschränkung auf die württembergischen Mitglieder, 3. der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, 4. der Verband der Nahrungsmittel- und verwandten Industrien des Schwarzwaldes, 5. der Verband süddeutscher Holzindustrieller, 6. der Württembergische Malerbund, 7. der Arbeitgeberbund für das Fuhr- und Transportgewerbe Württembergs und 8. der Industrieverband für Göppingen und Umgebung.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, beabsichtigt der Verband der Metallindustriellen zur Kennzeichnung und Achtung mißliebiger Arbeiter die Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweises, dem jedoch die paritätischen städtischen Arbeitsnachweise hindernd im Wege stehen. Neuerdings macht sich aber — von christlicher Seite ausgehend — eine lebhaftere Bewegung gegen die städtische Arbeitsvermittlung bemerkbar, welche sich anscheinend nur gegen das städtische Arbeitsamt Stuttgart richtet, aber auch die übrigen württembergischen Arbeitsämter treffen muß und geeignet ist, den Plänen der Unternehmer Vorschub zu leisten. Nach Vorgängen in Bayern ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die Christlichen mit den Unternehmern Hand in Hand arbeiten und ihrem Vorgehen bestimmte Abmachungen zugrunde liegen. Einweilen hat der Metallindustriellenverband die Einführung des Arbeitsnachweises noch zurückgestellt, dafür aber zunächst eine schwarze Liste derjenigen Arbeiter eingeführt, die durch Agitation besonders hervortreten. Jede Firma ist verpflichtet, wöchentlich die entlassenen oder ausgetretenen Arbeiter der Geschäftsstelle des Verbandes mitzuteilen und die durch Agitation hervortretenden Personen besonders zu kennzeichnen. Ebenso geschieht es mit den eingestellten Arbeitern. Diese Listen werden geprüft und mit entsprechenden Bemerkungen zurückgesendet. Die Firma hat dann zu entscheiden, ob sie den gekennzeichneten Arbeiter behalten will. Es besteht also ein regelrechter Spieldienst, dem der Arbeiter machtlos gegenübersteht. Er muß es sich gefallen lassen, von irgend einem ihm mißgünstigen Unternehmer angeschwärzt und auf die Liste der Erstribierten gesetzt zu werden, ohne sich dagegen wehren zu können, da er von seiner Achtung keine Kenntnis hat, diese nur vermuten kann. Man sieht, auch das gemütliche und in den kapitalistischen Allüren zurückgebliebene Württemberg modernisiert sich immer mehr und nimmt die

Gepflogenheiten auf, die wir bei den norddeutschen Scharfmacherbetrieben schon früher kennen gelernt haben.

Im allgemeinen werden nach dem Bericht die Einrichtungen der Betriebe den Anforderungen des Unfallschutzes gerecht, wenn auch zahlreiche Beanstandungen nötig wurden. An neu aufgestellten Maschinen wird vielfach mit Anbringung der erforderlichen Vorrichtungen sehr lange gewartet und versucht, die wohlbekannten Vorschriften über Ausrüdbarmachung von Transmmissionen und Arbeitsmaschinen dadurch zu umgehen, daß man damit rechnet, der Gewerbeinspektor werde sich mit der vollen deren Tatsache abfinden. So erkannte der Inhaber einer Getreidemühle beim Neubau seines Werkes die Vorschrift der Ausrüdbarmachung der einzelnen Wahlgänge unterschriftlich an. Trotzdem verlangte er, um einige Mark zu sparen, von der liefernden Fabrik die Nichtberücksichtigung dieser Vorschrift und blieb bei diesem Verlangen, auch als die Firma ihn auf die gegebene Vorschrift nochmals hinwies. Die von der Gewerbeinspektion verlangte Durchführung macht ihm nun nachträglich ganz erhebliche Kosten.

Bemerkenswert ist der Weg, den die Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft eingeschlagen hat, um an Stelle der gefährlichen Vierkantwellen die Einführung runder Sicherheitswellen an Hobel- und Abrichtemaschinen zu fördern. Sie gewährt ihren Mitgliedern bis zum Jahre 1911 für jede runde Welle einen jährlichen Abzug von 30 Mk. an Mitgliedsbeitrag mit dem Erfolge, daß allein aus württembergischen Betrieben bereits 150 runde Wellen zwecks Rabattgewährung bei ihr angemeldet wurden. Man sieht hieran: Wenn die Unternehmer mit der Unfallverhütung ein Geschäft machen können, sind sie sofort dafür zu haben!

Zu widerhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Personen wurden 950 ermittelt, wovon in 10 Fällen Bestrafung erfolgte. Gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen kamen 427 Widerhandlungen zur Feststellung, die in 11 Fällen zur Bestrafung führten. Diese Zahl der Bestrafungen ist außerordentlich gering und zeigt eine Schonung der Unternehmer, die geradezu zu Widerhandlungen gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz anreizen muß.

Die Bewilligungen von Ueberarbeitszeit waren in diesem Jahre etwas seltener aber noch immer zahlreich genug. Ueberarbeitszeit wurde bewilligt 2307 Betrieben mit 6057 Arbeiterinnen und 61 000 Ueberstunden. Eine Zurückweisung erfolgte nur in zwei Fällen. Sonntagsarbeit wurde bewilligt in 225 Fällen für 2615 Arbeiter und 18 863 1/2 Arbeitsstunden und kamen hierbei sämtliche Anträge zur Berücksichtigung. Das Zurückgehen der Bewilligungen von Ueberarbeit und Sonntagsarbeit gegenüber dem Vorjahr ist somit kein Verdienst der Aufsichtsbehörden, sondern lediglich Folge der wirtschaftlichen Krise, die den Unternehmern keine Gelegenheit zur längeren Ausbeutung der Arbeiter bot.

Ueber die geschäftlichen Verhältnisse des Berichtsjahres sprechen sich die Beamten sehr ungünstig aus. Fast alle Industrien wurden von der Krise betroffen, nur einzelne Firmen waren gut be-

idäufig. Besonders hatte die Metall-, Papier- und Textilindustrie darunter zu leiden, auch die Bau- tätigkeit lag vollständig danieder. Viel schlimmer wurden aber die Arbeiter betroffen, von denen viele entlassen wurden und andere Beschäftigung nicht fanden, die Nichtentlassenen aber monatelang bei erheblich verkürzter Arbeitszeit und dementsprechend reduziertem Lohn schaffen mußten. An Versuchen, diesen Lohn noch weiter zu kürzen, und die Ungunst der Zeit zur Herabdrückung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu benutzen, sichte es nicht. Im allgemeinen gelang es aber den Arbeitern, durch ihre Organisation diese Versuche zurückzuweisen, so daß die in der günstigen Geschäftssituation errungenen Vorteile im wesentlichen erhalten blieben. Diese Konstatierungen des Berichts beweisen besser als ellenlange Ausführungen die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Nur ihrem Einfluß und ihrer Stärke ist es zu danken, daß die Arbeiter nicht wieder in die alten mißlichen Verhältnisse zurückgestoßen, die Bemühungen der Unternehmer in dieser Richtung zurückgewiesen wurden. Das kann den noch unorganisierten Arbeitern nicht nachdrücklich genug klar gemacht werden. So bigtet auch der diesjährige Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion den Gewerkschaften ein vorzügliches Agitationsmaterial, das für die fernere Organisations- und Agitationstätigkeit von großem Nutzen sein wird.

Hermann Mattutat.

### Reichsunterstützung für die arbeitslosen Tabakarbeiter.

Der Beschluß des Reichstages, den durch die neue Tabakbesteuerung arbeitslos werdenden Tabakarbeitern aus Reichsmitteln eine Unterstützung zu gewähren, wird nunmehr vom Bundesrat zur Ausführung gebracht. Die jebden veröffentlichten Ausführungsbestimmungen besagen:

Tabakarbeiter und Hausarbeiter, die Anspruch auf Unterstützung auf Grund des Artikels 11a des neuen Tarifvergesetzes erheben, haben ihre Gesuche bei dem Hauptzollamt ihres Bezirks schriftlich einzureichen. Die Gesuche müssen enthalten: Vor-, Zuname, Alter, Familienverhältnisse (ledig, Zahl der Kinder) und Wohnsitz des Geschäftstellers; Art der Beschäftigung in den letzten 14 Monaten, sowie Name und Wohnort des letzten Arbeitgebers; Gesamtbetrag des im Vorjahre verdienten Lohnes; bei Arbeitslosigkeit Angabe des Grundes der Entlassung aus dem letzten Dienstverhältnisse, bei Verdienstschädigung deren Anlaß, Art und Umfang; Angabe, was als Nachweis dafür vorgebracht werden kann, daß die Arbeitslosigkeit oder die Verdienstschädigung infolge des Inkrafttretens des neuen Gesetzes erfolgt ist; welche Schritte zur Wiedererlangung eines Arbeitsverdienstes oder zur Erhöhung des geschmäleren Arbeitsverdienstes unternommen worden sind. Die Gesuche sind von dem Hauptzollamt einer beschleunigten Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterstützung vorliegen. Zur Feststellung dieser Voraussetzungen kann die Polizeibehörde in Anspruch genommen werden. Dies soll jedoch nur dann, wenn die Feststellung an anderem Wege nicht möglich ist und nur in dem für den vorliegenden Zweck unbedingt notwendigen Umfang geschehen. Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist in dem Falle der Arbeitslosigkeit eine wertvolle Unterstützung in Höhe von drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres im Tabakgewerbe verdienten Wochenlohnes zu zahlen. In geeigneten Fällen kann die Sozialdirektionsbehörde die bewilligte Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnittslohnes erhöhen. Liegt nur eine Verdienstschädigung vor, so kann die zu bewilligende Unterstützung so hoch bemessen werden, daß sie zusammen mit dem jeweils bezogenen Wochenlohn drei Viertel des von dem Geschäftsteller

im letzten Jahre im Tabakgewerbe durchschnittlich verdienten Wochenlohnes erreicht. Die Unterstützung kann bis zu einem Zeitraum von höchstens 2 Jahren bewilligt werden. Die gewährte Unterstützung hat für den Empfänger nicht die Bedeutung einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne des Wahlgesetzes für den Reichstag."

### Wirtschaftliche Rundschau.

Besserung am Weltmarkt? — Die Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Herbst- und Winterausichten für den deutschen Arbeitsmarkt.

Ist es schon mit den heute zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht leicht, die jeweilige wirtschaftliche Lage eines einzelnen Landes richtig zu diagnostizieren, so wachsen die Schwierigkeiten noch, wenn es gilt, ein Bild von der internationalen wirtschaftlichen Lage zu entwerfen. Und doch können wir bei der starken Abhängigkeit Deutschlands von den Vorgängen auf dem Weltmarkt nicht darauf verzichten, uns über die Richtung der Konjunkturkurve im Ausland so genau wie möglich zu orientieren. Denn nächst dem Ausfall der Ernte und deren Einwirkung auf die Getreide-, Mehl- und Brotpreise, auf die Vieh- und Fleischpreise, sind vor allem die Anregungen vom Weltmarkt, deren Intensität die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den kommenden Herbstmonaten beeinflussen. Eine kräftige Belebung des Exports ist für Deutschland mit seiner monatlich um 75 000 Köpfe wachsenden Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis.

Glücklicherweise kommen vor allem aus den Vereinigten Staaten von Amerika Nachrichten, die eine fortgesetzte Besserung der dortigen wirtschaftlichen Lage erkennen lassen. Wenn feinerzeit die Krise plötzlich und gleich in voller Kraft einsetzte, so weist auch die Erholung ein rascheres Tempo auf als in Deutschland. Damals wurden mit großer Rücksichtslosigkeit, wie es eben für amerikanische Geschäftspolitik charakteristisch ist, die Betriebe stillgelegt oder doch die Erzeugung einschneidend herabgesetzt, was die sofortige Entlassung von Tausenden der erwerbstätigen Arbeiterbevölkerung zur Folge hatte. Wir entsinnen uns noch des Rückstroms von Arbeitern, die nach Ausbruch der amerikanischen Krise wieder nach Europa zurückkehrten und den europäischen Arbeitsmarkt belasteten. In den amerikanischen Industriezentren und in den meisten größeren Städten schnellte gleichzeitig die Arbeitslosenziffer auf eine Höhe, wie wir sie in Europa nicht kennen. Umgekehrt geht auch jetzt die Erholung drüben rascher vor sich als bei uns, was aber nur als scheinbarer Vorzug zu betrachten ist; denn er ist eben bedingt durch das rücksichtslose Verfahren beim Eintritt der Krise. Die Beschäftigtenziffer nimmt jetzt stark zu, da sie weit erheblich reduziert wurde als bei uns; die Betriebe der wichtigeren Industriezweige nähern sich dem Zeitpunkt, wo die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates wieder voll ausgenützt wird; die Umsätze am Waren- und Geldmarkt weisen schon wieder Dimensionen auf, die auf zunehmenden Bedarf und auf gesteigerte Kaufkraft schließen lassen; die Verkehrseinnahmen steigen fast von Monat zu Monat; der auswärtige Handel belebt sich; vor allem ist die Einfuhr wieder im Wachsen begriffen, wie auch der Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erkennen läßt. Bei der Wichtigkeit unseres Warenverkehrs mit den Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung sehr erfreulich, und nur ein dunkler Schatten liegt auf

ihr, seit feststeht, daß infolge der amerikanischen Tarifrevision unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten eine neue Erschwerung erfährt. Zwar gelingt es vielleicht noch, zu einem annehmbaren Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, immerhin aber bleibt die für unseren Export bedauerliche Tatsache bestehen, daß die Amerikaner auch mit ihrer neuen Tarifrevision wieder auf eine weitere Verdrängung oder doch Belastung des ausländischen Wettbewerbes erfolgreich hingearbeitet haben.

Auch dasjenige Land, das unter der gewerblichen Krise 1907/08 am meisten zu leiden hatte, steht nunmehr wieder im Zeichen der Erholung, nämlich Großbritannien. Aber so rasch die Erholung in Amerika vor sich geht, so langsam vollzieht sie sich in Großbritannien. Kennzeichnend für das ganz verschiedene Tempo der Erholung ist z. B. die Erscheinung, daß während des ersten Halbjahres 1909 im deutsch-amerikanischen Warenverkehr schon eine merkliche Hebung der Umsätze gegen 1908 sich zu erkennen gibt, während im deutsch-britischen Verkehr noch eine völlige Stagnation zu beobachten war. Aber nichtsdestoweniger hat gerade die allerjüngste Zeit doch deutliche Spuren der Erholung gebracht. Die Arbeitslosenziffer geht zurück, wenn sie auch noch immer über dem Stande des Vorjahres bleibt; die Beschäftigung nimmt dementsprechend zu. Vor allem zeigt sich auf dem Eisenmarkt eine Wendung zum Besseren, indem die Preise ihre fallende Richtung aufgegeben haben und die Stimmung für den Herbst wesentlich zuversichtlicher geworden ist. Die Tendenz der Aufwärtsbewegung bricht aber erst allgemeiner durch, seitdem die Gefahr eines Generalausstands im britischen Kohlenbergbau endgültig beseitigt ist. Solange dieses Damoklesschwert über dem britischen Wirtschaftsleben schwebte, war alle Unternehmungslust noch förmlich eingedämmt, da die Folgen eines Riesenstreiks im englischen Bergbau alle Faktoren, die auf eine Erholung hindrängten, über den Haufen gerannt hätten. Es ist für Großbritanniens wirtschaftliche Position ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß es gelungen ist, den drohenden sozialen Kampf zu vermeiden. Nachdem die Gefahr beseitigt ist, dürfte auch in Großbritannien die wirtschaftliche Besserung etwas rascher als bisher vorwärts gehen, so daß namentlich auch wieder auf eine größere Ausdehnung des Warenverkehrs mit dem Auslande zu rechnen ist, wozu sich während der letzten Monate die Voraussetzungen gebildet haben.

Man wird also bei vorsichtiger Schlussfolgerung annehmen dürfen, daß die Herbstmonate unter einer Belebung des Weltmarktes stehen werden, die in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien und auch von Deutschland ausgelöst werden dürfte. Eine derartige Perspektive ist aber auch für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes während der Herbstmonate von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist schon eingehend darauf hingewiesen worden, daß trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades der deutsche Arbeitsmarkt noch unter einem starken Ueberangebot leidet, das in den nächsten Monaten keineswegs verschwinden, sondern im kommenden Winter noch einmal mit großer Kraft sich bemerkbar machen wird. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Dafür spricht der an sich noch immer sehr hohe Andrang von Arbeitsuchenden, die Bewegung der Beschäftigungsziffer im Verhältnis zu dem Neuangebot von Arbeitskräften während der Jahre 1908 und 1909 und nicht zuletzt die Erfahrung in früheren

Perioden des Uebergangs von der gewerblichen Krise zum neuen Aufschwung. Aber gerade weil wir auch für einen harten Winter am Arbeitsmarkt uns einzurichten haben, ist es doppelt und dreifach wichtig, in welchem Grade und Tempo der Erholungsprozeß sich vollzieht, ob die Anregungen vom Weltmarkte stark genug sind, die Herbstkonjunktur in Deutschland wesentlich zu beleben oder nicht. Für den Umfang der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter ist es ausschlaggebend, wieviel Arbeitskräfte in den Herbstmonaten noch Beschäftigung finden können. Es mag vielleicht manchem kleinlich erscheinen, gewissermaßen ängstlich Ausschau zu halten, wie sich die Witterung am internationalen Horizonte gestaltet. Wenn schon die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch einen starken Umfang annehmen wird, so kommt es nicht so sehr darauf an, ob es sich um einige zehntausende Arbeitslose mehr oder weniger handelt. Ganz abgesehen davon, daß für die Gewerkschaften auch schon die kleinste Verminderung der Arbeitslosigkeit wünschenswert sein muß, bleibt zu berücksichtigen, daß auch noch durch andere Faktoren der Umfang und der Charakter der Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst werden kann. Wird durch den anregenden Einfluß vom Weltmarkt die Arbeitslosigkeit um zehntausende, durch die zunehmende Kaufkraft der heimischen Landwirtschaft und eines wachsenden Teils der gewerblichen Bevölkerung wieder um zehntausende herabgemindert, wird durch eine sotte Herbstfäule in der Bauindustrie die arbeitslose Winterzeit für einen starken Prozentsatz der dem Baugewerbe zugehörigen Arbeiter erträglicher gemacht, so liegen damit die Aussichten für den Arbeitsmarkt während des kommenden Winters viel weniger trostlos, als wenn die Sonne der wirtschaftlichen Erholung den Weltmarkt noch nicht bestrahlen würde. Arbeitslosigkeit im Uebergangsstadium zum Aufschwung wirkt wirtschaftlich, sozial und psychologisch ganz anders als Arbeitslosigkeit mit dem Ausblick auf weitere gewerbliche Depression.

Berlin, am 8. August 1909.

Rich. Calver.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Buchdruckerverband hatte nach seiner Abrechnung vom 2. Quartal einen Vermögensbestand von 7245 902,80 Mk. am 30. Juni. Die Verbandseinnahmen beliefen sich auf 866 428,94 Mk., die Ausgaben für Unterstützungen usw. auf 628 961,25 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 56 619.

Im Süddeutschen Eisenbahnerverband soll zum 1. Januar 1910 ein Redakteur für das Verbandsorgan am Sitz des Verbandsvorstandes (in Nürnberg) angestellt werden. Das Gehalt beträgt 2400 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. Bewerbungen, womöglich aus Eisenbahnerkreisen, sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung an den Verband Süddeutscher Eisenbahner, Nürnberg, Ammannstr. 8, zu richten.

Aus den statistischen Erhebungen des Fabrikarbeiterverbandes über die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder (siehe Nr. 3 des „Corr.-Bl.“) tragen wir hier einige Zahlen nach. Von großem Interesse sind die ermittelten Löhne im Verhältnis zur Arbeitszeit, die aus nachfolgender Tabelle ersichtlich sind:

Tägliche Arbeitszeit	Beteiligte Personen	Durchschnitts- verdienst pro Woche	Durchschnitts- verdienst pro Stunde
8 Stunden	770	26,75	55,73
8 1/2 "	390	26,46	51,90
9 "	4 662	24,68	45,70
9 1/2 "	8 834	24,34	42,70
10 "	47 926	21,92	36,50
10 1/2 "	3 276	20,79	33,—
11 "	4 842	20,46	31,—
11 1/2 "	412	19,67	28,50
12 "	1 784	18,73	27,40
über 12 "	683	20,21	26,31

Danach steht der Lohn, der in einer gegebenen Arbeitszeit, sagen wir in einer Stunde, verdient wird, immer im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der täglichen Arbeitszeit: er ist um so höher, je kürzer diese. Auch hier zeigt sich das in Gewerkschaftskreisen allbekannte Faktum, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch die Bestrebungen zur Erhöhung des Lohnes intensiver betrieben werden. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeitszeitverkürzung findet darin zum großen Teile eine Erklärung.

Die Statistik bringt eine wertvolle Darstellung über die Mitarbeit der Frauen der verheirateten Arbeiter. Sie ist in einer ziemlich großen Ausdehnung festgestellt worden; wo eine größere Kinderzahl vorhanden ist, wird die Frau industrielle Heimarbeiterin, während sie sonst in die Fabrik geht. Naturgemäß übt auch der Arbeitsverdienst des Mannes auf die gewerbliche Mitarbeit der Frau einen großen Einfluß aus. Darüber gibt die Statistik folgende Auskunft:

Verdienst des Mannes	Zahl der verheirateten Arbeiter	Zahl der erwerbstätigen Frauen	
		absolut	in Prozenten
bis 12 Mf.	291	122	42
13-15 "	1 771	620	35
16-18 "	7 988	2264	28
19-21 "	12 472	3159	25
22-25 "	16 082	3293	20
26-30 "	9 213	1439	16
31-35 "	1 817	226	12
über 35 "	461	43	9

Den Einfluß der Kinderzahl auf die Art der Erwerbstätigkeit der Frau, ob als Fabrik- oder Heimarbeiterin, zeigt uns folgende Zusammenstellung:

Kinderzahl	Erwerbstätige Frauen überhaupt	Davon arbeiten als Heimarbeiterinnen usw.		In Prozenten als Heimarbeiterinnen usw.	
		in der Fabrik	in der Fabrik	in der Fabrik	in der Fabrik
Kein Kind	2826	1604	1222	57	43
1 "	2753	1411	1342	51	49
2 Kinder	2339	1031	1308	44	56
3 "	1533	540	993	35	65
4 "	939	273	666	29	71
5 "	457	121	336	26	74
mehr wie 5 (bis 10)	319	77	242	24	76

Schließlich geben wir noch nachstehende Tabelle über den Aufwand der Arbeiter für Wohnungsmiete wieder:

Lohnklasse	Durchschnittliche Miete in Liten mit Einwohner:			
	unter 10 000	10 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	über 100 000
bis 12 Mf.	Mf. 85,66	Mf. 98,56	Mf. 145,69	Mf. 133,04
13-15 "	89,41	99,26	133,90	122,35
16-18 "	96,74	115,28	138,32	158,66
19-21 "	110,67	125,48	156,86	179,78
22-25 "	120,07	136,60	177,09	210,84
26-30 "	129,57	155,20	188,67	232,06
31-35 "	140,78	170,04	200,25	251,59
über 35 "	142,56	165,57	181,37	254,58

Die Abrechnung des Schiffszimmerverbandes für das 2. Quartal ergibt einen Mitgliederstand am Quartalschluß von 3950. Das Verbandsvermögen betrug 90 618,14 Mf.

### Der Centralverband deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen im 1. Halbjahr 1909.

Die wirtschaftliche Depression übte erklärlicherweise auch auf die Brauindustrie eine äußerst nachteilige Wirkung aus. Fast in allen Handelskammerberichten über das Jahr 1908 wird geklagt über schlechten Geschäftsgang der Brauereien. Das ist im Jahre 1909 nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Der schlechte Geschäftsgang in den Brauereien, die große Malzporträte in das neue Geschäftsjahr hinübernehmen mußten, wirkte wieder auf den Geschäftsgang der Mälzereien. Im ganzen hatte diese Geschäftslage Arbeiterentlassungen in großer Zahl zur Folge, die auch die Organisationsziffer des Brauereiarbeiterverbandes ungünstig beeinflussten. Wenigstens im 1. Quartal 1909 hatte derselbe einen, wenn auch geringen Mitgliederrückgang zu verzeichnen, dagegen wurde dieser Verlust durch vermehrte Agitation im 2. Quartal mehr als ausgeglichen.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen war der Brauereiarbeiterverband auch in der Berichtszeit äußerst erfolgreich. Aus dem Jahre 1908 schwebten noch 33 unerledigte Lohnbewegungen, gemeldet bzw. eingeleitet wurden im 1. Halbjahr 1909 166 Lohnbewegungen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Nichteinhaltung tariflicher Bestimmungen, Maßregelungen, Zurücksetzungen usw.

Von den gesamten Angriffs- und gemeldeten Abwehrbewegungen wurden in der Berichtszeit erledigt:

Angriffsbew. mit Streik: 12 in 26 Betrieben  
ohne Streik: 91 " 155 "

Abwehrbew. mit Streik: 10 in 10 Betrieben  
ohne Streik: 249 " 183 "

Davon verliefen Angriffsbewegungen:  
erfolgreich mit Streik: 12 in 26 Betrieben  
ohne Streik: 77 " 141 "

teilw. erfolgr. ohne Streik: 14 in 14 Betrieben.

Davon verliefen Abwehrbewegungen:  
erfolgreich mit Streik: 8 in 8 Betrieben  
ohne Streik: 178 "

teilw. erfolgreich mit Streik: 1 in 1 Betriebe  
ohne Streik: 37 "

erfolglos mit Streik: 1 in 1 Betriebe  
ohne Streik: 34 "

Erledigt waren von den Angriffsbewegungen ohne Streik bis zum 1. Juli: 91 in 155 Betrieben mit 7866 beschäftigten Personen.

Tarifverträge wurden in der Berichtszeit abgeschlossen: 101 mit 160 Betrieben, und zwar:

Gruppen tarifverträge mit Streik:	2 m. 15 Betrieben
ohne Streik:	8 „ 54 „
Zusammen:	10 m. 69 Betrieben
Firmen tarifverträge mit Streik:	8 m. 8 Betrieben
ohne Streik:	83 „ 83 „
Zusammen:	91 m. 91 Betrieben

Von den einzelnen Industriegruppen sind folgende Anzahl Personen an den erzielten Erfolgen beteiligt, und zwar bei den Lohnbewegungen mit Streik:

	Arbeitszeitverfürzung	Lohn-erhöhung	sonst. Verbesserungen
in Brauereien . . .	431 Pers.	756 Pers.	687 Pers.
„ Mälzereien . . .	—	8 „	9 „
„ Bierniederlagen	10 „	25 „	25 „
„ Seltersfabriken	—	56 „	56 „
„ Brennereien . . .	—	—	—
Zusammen:	441 Pers.	845 Pers.	777 Pers.
bei den Lohnbewegungen ohne Streik:			
in Brauereien . . .	5602 Pers.	5600 Pers.	6639 Pers.
„ Mälzereien . . .	37 „	63 „	67 „
„ Bierniederlagen	17 „	96 „	102 „
„ Seltersfabriken	—	—	—
„ Brennereien . . .	9 „	129 „	100 „
Zusammen:	5665 Pers.	5888 Pers.	6908 Pers.
Dazu mit Streik:	441 „	845 „	777 „
<b>Total:</b>	<b>6106 Pers.</b>	<b>6733 Pers.</b>	<b>7685 Pers.</b>

Das Resultat der im 1. Halbjahr 1909 beendeten Lohnbewegungen in bezug auf Arbeitszeitverfürzung und Lohnerhöhung ist folgendes. Es wurde erzielt:

an Arbeitszeitverfürzung pro Woche:	
ohne Streik:	16061 Std. oder pro Person 2,8 Std.
mit Streik:	1357 „ „ „ 3,1 „
Zusammen:	17398 Std. oder pro Person 2,8 Std.
an Lohnerhöhung pro Woche:	
ohne Streik:	12637 Mk. oder pro Person 2,15 Mk.
mit Streik:	2385 „ „ „ 2,64 „
Zusammen:	15022 Mk. oder pro Person 2,23 Mk.

Unberücksichtigt waren am 1. Juli 1909 1 Angriffsstreik, 1 Abwehrstreik und 1 Aussperrung.

Abgewehrt wurden ferner durch Streiks beabsichtigte Lohnreduzierungen von pro Jahr 321 Mk. für 13 Kollegen.

Alles in allem ist dies gewiß ein recht erfreuliches Bild organisatorischer Tätigkeit zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, trotz der Krise.

## Kongresse.

### Konferenz der Photographengehilfen Deutschlands.

Der „Deutsche Photographengehilfenverband“ ist seit Oktober v. J. im „Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe“ aufgegangen. Dieser hat nun zur regeren Förderung der Arbeit unter den Photographengehilfen die Veranstaltung einer Konferenz in die Wege geleitet, die am 1. und 2. August in Dresden stattfand. Sie war von Delegierten aus Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Elberfeld-Varmen, Dresden, Leipzig, Stuttgart und München besucht, die neben der Gehilfenschaft ihres Wohnortes auch die des betreffen-

den Gausen vertraten. Nur der Wahlkreis Frankfurt am Main hatte keinen Vertreter entsandt. An den Verhandlungen nahmen noch Vertreter der Generalkommission der Photographen, des Verbandsvorstandes, des Verbandsausschusses, der Redaktion des Verbandsorgans und der Berliner Printer und Printenmacher teil.

Der erste Punkt der Tagesordnung galt der internationalen photographischen Ausstellung, die während der Sommermonate dieses Jahres in Dresden stattfindet. Ueber die künstlerischen Werte der Ausstellung für die Gehilfenschaft hielt der Sekretär der Ausstellung, Redakteur Weiß, einen instruktiven Vortrag, der am zweiten Verhandlungstage durch eine Führung durch die überaus reichhaltige Ausstellung, die alle Gebiete umfaßt, auf denen die Photographie Verwendung findet, ergänzt und illustriert wurde. Im Anschluß an diesen Vortrag referierte der Vorsitzende der Generalkommission der Photographen, Genosse Hänlein, über die wirtschaftlichen Werte der Ausstellung für die Gehilfenschaft. Er betonte, daß diese nur durch eine feste und starke Organisation der Photographengehilfen gehoben werden könnten.

Die unter dem zweiten Tagesordnungspunkt erstatteten Situationsberichte entrollten ein tiefertrauriges Bild von der Lage des Berufes. Der Durchschnittslohn für männliche Gehilfen beträgt in den meisten Orten höchstens 100—120 Mk. monatlich. Wenn auch hin und wieder einzelne ältere Gehilfen annehmbar und beträchtlich über diesem Durchschnitt entlohnt würden, so steht diesen wenigen eine große Zahl jüngerer Gehilfen gegenüber, die mit viel niedrigeren Löhnen abgespeist werden. Und der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeitskräfte beträgt in der Regel überhaupt nur ungefähr die Hälfte des Durchschnittslohnes der männlichen. Die tägliche Arbeitszeit ist nur in ganz vereinzelten Fällen unter 9, meist aber 10, 11, ja 12 Stunden und darüber. Ueberstundenbezahlung kennt man kaum, am allerwenigsten mit Zuschlag. Als Entschädigung für unbegrenzte Ueberzeitarbeit wird für Weibnachten eine Gratifikation in Aussicht gestellt, die aber, wenn sie überhaupt gezahlt wird, in gar keinem Verhältnis zu dem Wert der geleisteten Ueberzeitarbeit steht. Vielerorts steht auch das Kost- und Logiswesen beim Prinzipal noch in schönster Blüte, ebenso die Lehrlingszuchterei. Bemerkenswert ist, daß in solchen Anstalten, wo die Gehilfen bereits den Weg zur Organisation gefunden haben, meist bessere Verhältnisse bestehen wie im allgemeinen. Dasselbe gilt von den Städten, in denen die Organisation schon gute Fortschritte gemacht hat.

Diese Schlüsse aus den Situationsberichten hob der Verbandsvorsitzende, Genosse Sillier, der unter dem dritten Tagesordnungspunkt über die Frage: „Wie schützt sich die Gehilfenschaft gegen den Niedergang des Gewerbes?“ referierte, besonders hervor. Nach reger Diskussion über das Referat wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Photographenkonferenz erkennt den vollzogenen Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe als die glüklichste Lösung zur Besserung der Lage der Photographengehilfen an; sie beschließt daher, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in die Agitation zur Gewinnung von Mitgliefern eintreten zu wollen. Nach eingehender Prüfung der Höhe der Beiträge für den Verband sieht die Konferenz ein, daß eine Verringerung wohl schwierig ist; sie stellt aber an die Generalversammlung den Antrag, die Einführung von Staffelbeiträgen in Erwägung zu ziehen.“

Unter dem vierten Punkt der Tagesordnung behandelte Genosse Hänlein: „Die Sonntagsruhe im

Photographiegewerbe, die in den verschiedenen Städten ganz verschieden geregelt ist und auch innerhalb einzelner Städte große Verschiedenheiten aufweist. Dadurch ist die Ueberwachung der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sehr erschwert und Uebertretungen sind ungemein zahlreich. Das wurde durch die Mitteilungen der Delegierten noch besonders illustriert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Konferenz fordert von der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit im Photographiegewerbe. Auf keinen Fall dürfen photographische Ateliers länger als von 10 bis 1 Uhr geöffnet sein. Während dieser Zeit darf nur die Beschäftigung von Personen, die zur Aufnahme nötig sind, gestattet werden. — Die Mitgliedschaften haben je nach den örtlichen Verhältnissen eine weitergehende Einschränkung anzustreben.

Der fünfte und letzte Tagesordnungspunkt galt der Beratung eingegangener Anträge, die meist der Centralkommission, dem Hauptvorstand und der Redaktion des Verbandsorgans zur Berücksichtigung überwiesen wurden. Unter anderem sollen den Mitgliedschaften regelmäßige Berichte über den Stand der Bewegung zugehen, monatliche Uebersichten über die Tätigkeit der Prinzipalsverbände veröffentlicht, zuverlässige Statistiken aufgenommen und mit der Photographengehilfenorganisation Oesterreichs ein Gegenseitigkeitsvertrag angebahnt werden. Zur Frage der Printenmalerei fand folgender Antrag einstimmige Annahme:

Die Photographengehilfenkonferenz erklärt, daß die Wettbewerbkonferenz in der Herstellung von Printen keine zu bekämpfende Konkurrenz erblickt. Sie steht in der Organisation der Printer und Printenmalern im Verband der Lithographen und Steindrucker das beste Mittel, die Konkurrenz, die den Photographen durch die sogenannten Grenzvergrößerungen erwächst, zu beseitigen. Diese Konkurrenz ist nur möglich durch die ärgste Ausbeutung der Angestellten, die nur beseitigt werden kann durch eine starke Gewerkschaft. Die Konferenz erklärt sich mit den Printern und Printenmalern solidarisch und beschließt, deren Organisation nach Kräften zu fördern.

Damit waren die Verhandlungen der Konferenz, die zweifellos für die Bewegung der Photographengehilfen fördernd und fruchtbringend sein wird, beendet, und die Tagung wurde mit einem Hoch auf den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe und auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Der allgemeine Ausstand in Schweden.

Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand der schwedischen Gewerkschaften ist eine erheblich größere geworden, als man zunächst erwarten konnte. Einschließlich der 80 000 Ausgesperrten wird die Zahl der Ausständigen auf 300 000 geschätzt. Die von dem Ausstande durch den Beschluß der Gewerkschaftsvorstände ausgenommenen Arbeitergruppen haben sich dem erwähnten Beschluß gefügt. Die Gasarbeiter Stockholms haben zwar die Arbeit eingestellt, die Verantwortung dafür trifft indes nicht die Gewerkschaftsleitung, sondern die Behörden, die die Arbeitsplätze durch Militär bewachen ließen. Die Arbeiter erklärten, unter Militärbewachung nicht arbeiten zu wollen; sie hatten keine Lust, unter dem üblichen Streikbrecherschutz ihrer Arbeit nachzugeben.

Eine entscheidende Bedeutung kommt dem Streikbeschlusse der Buchdrucker zu. Diese haben ab Montag, den 9. d. M., in ganz Schweden bis auf vereinzelte Ausnahmen die Arbeit eingestellt, so daß die

Zeitungen nicht mehr erscheinen. Auch die sozialdemokratischen Blätter sind von dem gleichen Schicksal betroffen worden, da die Buchdrucker keine Ausnahme zuließen. Zur Orientierung der Streitenden über die Lage ist von der Landescentralen der Gewerkschaften ein eigenes Blatt für die Dauer des Streiks geschaffen, dessen Herstellung die Buchdrucker zugestimmt haben. Das Blatt erhielt den Titel „Svaret“ — „Die Antwort“ — die Antwort nämlich auf die brutale Aussperrungstaktik des organisierten Unternehmertums! Es erscheint in einer Auflage von 150 000 bis 200 000 und wird zum Preise von 5 Öre pro Exemplar im ganzen Lande vertrieben.

Die Buchdruckereiunternehmer protestieren gegen den Streik der Buchdrucker, weil dadurch der Tarifvertrag gebrochen ist. Rein formell mag der Protest begründet sein. Aber das organisierte schwedische Unternehmertum vertritt das Prinzip, daß Sympathiekämpfe, sofern neue Forderungen nicht gestellt werden, geltende Verträge nicht berühren. Sie haben eine entsprechende Bestimmung in den meisten Verträgen zur Aufnahme gebracht, sie den Gewerkschaften gewissermaßen aufzuzwingen. Es ist in diesem Augenblick angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterchaft gegen diese Auffassung des organisierten Unternehmertums von Anfang an protestiert hat, weil sie dem Geiste und dem Zwecke der Kollektivverträge direkt zuwider ist. Von den Unternehmern gedrängt haben die Gewerkschaften schließlich die Bestimmung akzeptieren müssen. Die „Soziale Praxis“ hat daher nicht unrecht, wenn sie schreibt: „Daß eine derartige Desorganisation in Schweden sich trotz der dort bestehenden zahlreichen Arbeitstarifverträge entwickeln kann, ist nicht zum mindesten die Schuld der Arbeitgeberverbände, die von irgendeinem Prätext geleitet, seinerzeit ausdrücklich in die Tarifverträge die Ausnahmebestimmung aufgenommen haben, daß Sympathieaussperrungen auch während der Geltung der Tarifverträge, die alle Kämpfe wegen Arbeitsfreigeitigkeiten im Tarifgewerbe verbieten, erlaubt seien und nicht als Vertragsbruch gelten sollen. . . . Und durch solche Rechtsfuchserie, die ein Dohn auf den Geist der Arbeitstarifverträge ist und sie innerlich zerlegt, ist es denn möglich geworden, daß heute ein Tarifgewerbe nach dem anderen ohne Vertragsbedenken die Stampfesahne — aus „Sympathie“ für das Nachbargewerbe! — entrollt.“

Die Gewerkschaften sind an diesem Zustande in keiner Weise schuld. Sie sollten ja die Leidtragenden sein, nach der Absicht der Unternehmer, die mit einer solchen Antwort, wie sie sie jetzt bekommen haben, nie gerechnet haben. Den Buchdruckern aber daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie das als billig ansehen, was die centralisierten Unternehmerverbände für sich als recht beanspruchen, ist zum mindesten ganz absurd.

Zudem kommt hier ein sehr altes soziales Prinzip in Betracht, das sich bisher allgemeiner Anerkennung unter allen Völkern erfreut: das Recht der Nothwehr. Die Massen-Sympathieaussperrungen der schwedischen Unternehmerorganisationen sind im großen Stile organisierte Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse des Landes. Über 163 000 Arbeiter aller Berufe aussperrt bzw. aussperrern will, weil Differenzen in zwei oder drei Gewerben bestehen, die die Herabsetzung der Löhne betreffen, der richtet einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Und dagegen muß sich die Gesamtheit wehren, wie sie es jetzt in Schweden macht.

Die Eisenbahner haben bisher die Arbeit nicht eingestellt und soweit wir unterrichtet sind, wünschen die Gewerkschaftsleitungen diesen Auszustand zurzeit nicht. Eine Versammlung der Streikenden in Stockholm hat allerdings in einer Resolution die Eisenbahner aufgefordert, sich dem Auszustand anzuschließen. Der Referent, der die Resolution vorlas, soll unter Anklage gestellt werden wegen Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen! — Zweifellos hat sich der Eisenbahner eine heftige Erregung bemächtigt, die schließlich zum allgemeinen Auszustand führen könnte.

Die Stimmung unter den Kämpfenden ist eine ausgezeichnete. Die Stilllegung wichtiger Teile des Verkehrswezens trägt zudem dazu bei, den Auszustand in jeder Beziehung nachhaltig zu gestalten. Es ist ein Auszustand gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit gewerkschaftlichen Zielen und kein Generalstreikputsch, hinter dem ohnmächtige Organisationen zu stehen pflegen. Hier dagegen kämpft eine der besten Kolonnen der Arbeiterinternationale, was dem Kampfe ein besonderes Gepräge gibt.

Die Unterhaltung der Kämpfenden hat noch keine Schwierigkeiten gemacht. Es wird aber Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein, ihr Möglichstes zur Unterstützung der schwedischen Kämpfer zu tun. Für Deutschland kann heute schon festgestellt werden, daß der Aufruf unserer Generalkommission ein freudiges Echo in der deutschen Arbeiterschaft gefunden hat. Die Sammlungen haben mit aller Wucht eingesetzt und wir sind mit dem „Vorwärts“ überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft auch in diesem Kampfe eine ihrer würdigen internationale Solidarität befinden wird.

In Dänemark und Norwegen legen die Arbeiter glänzende Proben ihrer Solidarität ab. Norwegen garantiert ein Minimum von 40 000 Kronen pro Woche, die dänischen Gewerkschaften erheben obligatorische Extrabeiträge bis zu 2 Kronen wöchentlich. Der dänische Schmiede- und Maschinenarbeiterverband hat die Erhebung eines 2 Kronen = 2,25 Mk. hohen Extrabeitrages pro Woche beschlossen. Auch aus Oesterreich und Ungarn sind Zusagen betreffend Unterstützung den schwedischen Gewerkschaften gemacht und Beträge bereits abgeführt worden. Auch in Amerika sind Sammlungen eingeleitet, zunächst unter den dort ansässigen skandinavischen Arbeitern. Aber auch die amerikanischen Gewerkschaften werden sich wohl kaum ausschließen, wenn an sie der Appell ergeht.

Am kommenden Montag werden sich die organisierten Landarbeiter dem Auszustand anschließen.

Eine Proklamation der Regierung, vom König unterzeichnet, warnte am letzten Sonntag vor weiterer Ausdehnung des Streiks. Sie hat auf die Arbeiterschaft keinen Eindruck gemacht. Auch die provokatorische Inbetriebsetzung einiger Straßenbahnwagen sowie ein ebensolcher Akt der Polizei an die Stockholmer Fuhrwerksbesitzer haben die Ruhe der Ausständigen noch nicht zu stören vermocht.

## Kartelle und Sekretariate.

### Aus den Gewerkschaftskartellen.

Das Gewerkschaftskartell Freiburg i. B. hat per 1. Oktober d. J. die Stelle eines **Gewerkschaftssekretärs** mit einem Jahresgehalt von 1800 Mk. zu besetzen. Geeignete Bewerber, welche mit den gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnissen vertraut sind, wollen ihre Offerte bis spätestens

20. August d. J., mit der Aufschrift „Sekretär“ versehen, an die unterzeichnete Kommission einreichen. Die näheren Bedingungen sind daselbst zu erfahren.

Die Kommission.

J. A.: Friedrich Gutmann, Freiburg i. B.  
Alarstr. 82 III.

## Audere Organisationen.

### Vom 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

#### II. (Fortsetzung statt Schluß.)

Den Hauptberatungspunkt des christlichen Kongresses bildete „Die gesetzliche Sozialreform in Deutschland“. Hierzu waren drei Referate vorgelesen, wovon das erste den Arbeiterschutz und die beiden anderen die Arbeiterversicherung und die neue Reichsversicherungsordnung behandelten.

Ueber den Arbeiterschutz in seiner grundsätzlichen Bedeutung, historischen Entwicklung und seinen Zukunftsaufgaben sprach H. Vogelsgang-Effen. Der Redner behandelte den Arbeiterschutz vom Standpunkte des katholischen „Naturrechtes“ aus. Der Arbeiter könne nicht frei über sein Leben, seine Gesundheit und Freiheit verfügen, denn er sei durch seinen Schöpfer in der Verfügung darüber gebunden und diesem verantwortlich und könne diese Güter nicht zum Gegenstande eines „freien“ Arbeitsvertrages machen. Zwingen ihn aber Verhältnisse dazu, dann dürfe keine Obrigkeit einen Vertrag anerkennen, der diese Güter in Frage stellt, sondern müsse den Arbeiter im Besitz dieser Güter schützen und den Arbeitsvertrag mit Schranken umgeben, die im „Naturrecht“ begründet seien. Nach einer Erläuterung des Begriffes, Wesens und der Ziele des Arbeiterschutzes forderte Redner, daß der Arbeiter in fünffacher Hinsicht geschützt werden müsse:

1. durch Aufnahmeschutz, wodurch geschädigte Personen zu gewissen Betriebsarten oder Arbeiten überhaupt nicht oder nur bedingungsweise zugelassen werden;
2. durch Vertragsschutz, der sich auf Abschluß, Erfüllung und Auflösung des Arbeitsvertrages erstreckt;
3. durch Verwendungsschutz, der die Beschäftigungsart und Beschäftigungsdauer gewisser Arbeiterkategorien regelt;
4. durch Betriebseinrichtungsschutz, wonach die Betriebsführung gewissen Anforderungen an Gesundheit, Sicherheit und Sittlichkeit unterworfen wird, und
5. durch Entlohnungsschutz, der die Arbeiter hinsichtlich der Berechnung und des Empfangs des Lohnes, der freien Verfügung über denselben sowie gegen Warenkreditierung sichert.

Als künftige Aufgabe des Arbeiterschutzes bezeichnet Redner ein freies Koalitionsrecht, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Beseitigung der Ausnahmebestimmungen im Reichsvereinsgesetz, gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, Schutz der Arbeiter, die öffentliche Ämter bekleiden, Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse (insbesondere in der Großindustrie) und Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Diese Forderungen würden bestimmt in Erfüllung gehen, aber um so eher erreicht werden, je eher die Massen organisiert, durchgebildet und für den Arbeiterschutz begeistert wären, so daß sie die öffentliche Meinung auf ihre Seite brächten.

In der Debatte erklärte Andre-Stuttgart (Holzarbeiter) einen Schutz der Arbeiter in öffentlichen Ämtern gegen Maßregelung für wirkungslos. Wiebeberg-Berlin (Baugewerk) verwahrt sich dagegen, daß nur Arbeiterschutzforderungen erhoben würden, die der Sozialdemokratie zugute kämen.

Die Sozialdemokraten seien Volksgenossen; sie seien doch einmal da, und sie absichtlich ignorieren heiße nicht, sie bekämpfen, sondern ihnen neue Anhänger zuführen. Buchner-Goslar (Metallarbeiter) schildert die Verwüstungen, die die Bleivergiftung unter den Arbeitern der staatlichen Dütenwerke im Harz anrichtet und geißelt die Haltung der staatlichen Verwaltungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Geis-Afchaffenburg (ungelernte Arbeiter) verlangt mehr Arbeiterschutz für die Arbeiter der chemischen Industrie, deren Löhne seit 1888 nur um 40 Proz. gestiegen seien, gegenüber 70 Proz. Zunahme der Dividenden. Zur Annahme gelangen mehrere Resolutionen, die einen Schutz der Arbeiter der Gemischen Industrie, der Straßen- und Kleinbahnen und eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises im Sinne des Verbots der Gebührenerhebung von Arbeitsuchenden in der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und der Förderung des paritätisch-kommunalen Arbeitsnachweises. Eine weitere Resolution verlangt gesetzliche Bestimmungen über die Heimarbeit und erwartet, daß die Gewerbeordnungs-Novelle in der kommenden Sitzungsperiode des Reichstags wieder eingebracht wird. Ein Beschluß beauftragt die Ortskomitee, im Sinne der Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne zu wirken.

Ein weiteres Referat von P. Krug-Stuttgart behandelte die Entwicklung und den Stand der deutschen Arbeiterversicherung. Es war lediglich informativ Charakter und als Einleitung zu dem Hauptreferat über die künftige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung gedacht. Ueber die letztere referierte J. Becker-Berlin. Der Redner stellte sich ausgesprochenemmaßen auf den „gemäßigtesten“ Standpunkt, um dadurch dem Vorwurf zu begegnen, daß die auf dem Kongress zum Ausdruck gelangte Stimmung der christlichen Arbeiterschaft nichts anderes sei als das Echo der kräftigen Worte des Referenten. Er fand indes damit sehr wenig Verständnis bei den Debatterednern, die dem Regierungsentwurf gegenüber eine ganz andere Sprache am Platze fanden. Eingehend erwähnte der Referent, daß eine Konferenz der christlichen Arbeiterführer sich in zwei Tagessitzungen mit dem Entwurf beschäftigte und zu übereinstimmenden Ansichten gelangt sei.

Schon einleitend begrüßte der Referent die Reichsversicherungsordnung als einen „großen Wurf“ und erklärte sich im allgemeinen mit ihrer Tendenz einverstanden. Besonders erklärte er sich mit der Neuregelung des Instanzenzuges und mit der Schaffung lokaler Versicherungsämter einverstanden. Er stimme auch nicht ein in das Geschrei der Sozialdemokraten, daß die Berufsgenossenschaften sehr wenig ihre Pflicht erfüllt hätten; es gäbe Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, die nur wenig Anlaß zu Klagen gegeben hätten. Es gebe aber genug berechtigte Klagen, die eine Änderung in dem Rentenfestsetzungsverfahren dringlich erscheinen lassen. Die mangelnden Befugnisse der örtlichen Versicherungsämter gefallen dem Redner auch nicht; es bliebe zu erwägen, ob man die Versicherungsträger nicht allen übrigen im bürgerlichen Rechtsleben in Anspruch Genommenen gleichstellen sollte. Selbst mit der Beseitigung des Rekurses an das Reichsversicherungsamt war Redner einverstanden unter der Voraussetzung, daß das Ple-

num des Uebersicherungsamtes neue ärztliche Sachverständige laden könne. Die Kostenfrage des neuen Instanzenzuges erscheint ihm durchaus unerheblich, auch befürchtet er keine Verzögerung in der Rentenfestsetzung. Die Hauptsache sei, daß die Versicherten mehr Vertrauen in die Rentenvorschläge setzten. In bezug auf die Reform der Krankentassen stellt sich der Redner auf den Standpunkt möglicher Centralisation. Ueber die Aufhebung der Betriebskrankentassen solle nicht die Mitgliederzahl entscheiden, sondern eine geheime Abstimmung der Mitglieder selbst. Entschieden verwirft Redner indes die Halbierung der Krankentassenbeiträge und des Stimmrechts. Die 45 Millionen Mark, die der Entwurf den Arbeitgebern aufbürde, wollen die Arbeiter auch in Zukunft weiter tragen. Parteipolitische Rücksichten ließen sich auf andere Weise, z. B. durch Einführung der Verhältniswahl beseitigen. Auch die vorgeschlagenen Landkrankentassen bekämpft Redner als Ausfluß der Bureaucratie. In bezug auf die Versicherungsleistungen rät Redner von allzu großen Forderungen ab. Er sei auch ein Freund der Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrente auf das 65. Lebensjahr, aber dieses „Experiment“ koste jährlich 20 Millionen Mark. Wichtiger sei ein Ausbau der Invalidenversicherung durch Zuschüsse für kinderreiche Familien. Auch bei der Hinterbliebenenversicherung sei der Schwerpunkt auf die Waisenrente zu legen. Die Verschmelzung der drei Versicherungszweige hält Redner für eine Utopie, zum mindesten komme sie nicht von heute auf morgen. Die neue Versicherungsordnung bedeute aber einen Fortschritt in der Annäherung der Versicherungszweige.

Die ersten Debatteredner standen etwas unter dem Einfluß dieses „gemäßigten“ Referats, besonders Fräulein Behm, die Leiterin des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen, die den Kongress sichtlich hat, es doch ja nicht auf eine Ablehnung des Regierungsentwurfs ankommen zu lassen, weil dann die Versicherung der Heimarbeiter verzögert werde. Erst allmählich fanden die Redner sich in ihre richtige Stellung als Vertreter der Arbeiter gegenüber dem Regierungsentwurf zurück. Königbauer-München (Holzarbeiter) wendete sich scharf dagegen, daß der Entwurf nur invaliden Witwen eine Rente gewähren wolle; dadurch würden die Arbeiterwitwen ungerechterweise hinter den Beamtenwitwen zurückgesetzt. Streiter-Berlin (Krankenpfleger) verlangt die Unterstellung des Personals der Krankenhäuser, Irrenanstalten usw. unter die Unfallversicherung. Die Ansteckungsgefahr sei als Unfall zu behandeln. Gamman-Mees (Tabakarbeiter) sprach für die Versicherung der Heimarbeiter. Weber-Aachen (Textilarbeiter) kritisierte scharf das System der Vertrauensärzte. Auch das Benehmen des Schiedsgerichtsvorsitzenden wirke vielfach einschüchternd auf Verletzte und Verletzte. Andre-Stuttgart (Holzarbeiter) behauptet, der Entwurf sei nach dem Muster der Echter-nacher Springprozeßion gearbeitet, und tritt für die Beibehaltung des Rekursrechtes ein. Frau Joos-W.-Glabbach (Heimarbeiterin) fordert obligatorische Einführung der Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, ferner Renten für alle Witwen und höhere Waisenrenten, vor allem aber gleichberechtigte Vertretung der weiblichen Versicherten in allen Instanzen. Am eindruckvollsten waren die Ausführungen des katholischen Volksbureau-Sekretärs Dittl-W.-Glabbach, der

sich rücksichtslos für Wahrung der vollen Selbstverwaltung aussprach, möge auch die ganze Reichsversicherungsordnung darüber in Stücke gehen. Die amtliche Bestellung der Vorsitzenden aus Nichterkreisen sei imstande, die ganzen Versicherungsämter zu verderben. Man müsse unabhängige Vorsitzende verlangen, auch für die Schiedsgerichte. Eine wirkliche Selbstverwaltung müsse gesetzlich festgelegt werden; weder der Vorsitzende, noch der Arzt dürfen die Versicherungsinstanzen beherrschen. Die Entscheidungen der örtlichen Versicherungsämter müssen vorläufig vollstreckbar gemacht werden. Das Vertrauen zu den Krankenkassen werde schwinden, wenn deren Verwaltung nicht mehr in Händen von Klassengenossen liege. Die Verbesserungen, die der Entwurf bringe, seien bereits reife Früchte, die sowieso in nächster Zeit fallen müssen, darum brauche man nicht noch das Opfer der Selbstverwaltung zu bringen. Lieber möge man die Reform auf Jahre vertagen, als in dieser Frage nachgeben. Hier sei jeder Kompromiß unmöglich. Auch dieser Redner tritt energisch dafür ein, daß allen Witwen eine Rente gesichert werden müsse; so verlange es der Gesetz gewordene Reichstagsbeschluss. Den Witwen mit Kindern könne man durch Erhöhung der Waisenrenten gerecht werden. Ferner wandte sich der Redner scharf gegen die Landkrankenkassen und sprach am Schluss die Hoffnung aus, daß sich im Reichstag eine sozialdenkende Mehrheit finden werde, die den Entwurf in der richtigen Weise verbessere. Dieser Redner fand stürmische Zustimmung.

Gegen die Ausführungen dieses Redners fühlte sich der als Gast anwesende Geh. Rat Dr. Düttmann berufen, den Standpunkt der Regierung zu verteidigen. Die Selbstverwaltung werde gar nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gefördert, da die Besitzer der Versicherungsämter ja auch in Verwaltungsfragen mitarbeiten sollten. Es sei sehr bedenklich, den Entwurf abzulehnen, wenn er den Wünschen der Arbeiter nicht gerecht werde. Auf keinen Fall dürfe Arbeitervertretern ein imperatives Mandat gegeben werden. Christliche Abgeordnete seien doch keine Prinzipienvertreter wie die Sozialdemokratie! Die Betriebskassen aufzuheben sei kaum angängig; nur wenn wiederholt Mißbräuche darin auftreten, z. B. Maßregelung von Kassenvertretern sei dies gerechtfertigt. Redner bekannte sich ferner als Freund der Beitragshalbierung; gleiche Rechte und gleiche Pflichten seien notwendig. Landkrankenkassen seien zwar vom Uebel, besonders in entwickelten Bezirken. Aber im Osten des Reiches sei die Selbstverwaltung einfach unmöglich. Die Konservativen seien Gegner jeder Krankenversicherung der Landarbeiter, wenn ihnen Ortskrankenkassen aufgezwungen würden. Mit Einbeziehung der gewerblichen Erkrankungen in die Unfallversicherung komme man auf eine schiefe Ebene; da gäbe es keine Grenze. Zur Invalidenversicherung sei zu fordern, daß weiblichen Versicherten bei Eheschließung die Mitgliedschaft erhalten bleibe. Eine günstige Regelung des Invaliditätsbegriffs müsse der Zukunft überlassen bleiben.

Schon in diesem Stadium der Diskussion stand es für jeden Kongreßteilnehmer fest, daß die Leitsätze des Referenten nicht widerspruchlos Annahme finden würden. Da zudem bereits eine Reihe positiver Abänderungsanträge eingegangen waren, wurde eine Kommission gewählt, um die Resolution den Anträgen entsprechend umzuarbeiten. Die weitere Diskussion gestaltete sich noch wesentlich

scharfer gegen den Entwurf. Hermann Imbusch-Essen (Bergarbeiter) protestierte gegen die Beitragshalbierung bei den Krankenkassen mit Hinweis auf die bösen Erfahrungen im Knappschaftswesen, wo die Arbeiter, dank der durch zehntreue Elemente gestützten Arbeitgeberherrschaft, nichts zu sagen haben. Die Begründung des Entwurfs hierzu sei „mehr als faul“. Besser sei es schon, wenn sozialdemokratische Arbeiter eine Kasse verwalten, als wenn dies von einem Arbeitgeber geschehe. Das neue Statut des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum sei in einer Weise ausgelegt worden, die gegen Treu und Glauben verstoße. Es müsse endlich einmal aufhören, daß jede Reform für die Arbeiter durch Verschlechterungen verdeckelt werde. Verlorene Rechte erhalte man niemals wieder. Wenn es nicht gelinge, die Beitragshalbierung herauszubekommen, dann lieber hinweg mit der Reichsversicherungsordnung! — Fräulein Nagel-Berlin (Heimarbeiterin) ist beauftragt, gegen die Halbierung der Beiträge einzutreten. Auch Bieber-Quisburg (Metallarbeiter) sprach gegen diese Maßnahme und findet es befremdlich, daß die Klassen der großen Werke wieder einmal geschützt werden sollen. Wenn diese Klassen erhalten bleiben, dann müsse dort die ärztliche Voruntersuchung fallen.

Im Schlußwort entschuldigte Becker-Berlin seine „gemäßigte“ Stellungnahme. Die Stimmung des Kongresses solle unbeeinflusst zum Ausdruck kommen. Es berge eine große Gefahr, diese Stimme nicht zu hören. Man könne nicht sagen, daß die Sozialdemokratie allein liebe, — diese Zeit sei vorüber. In dieser Sache sei die Arbeiterschaft völlig einig. Er sei überzeugt, daß sich im Reichstag für die Halbierung der Krankenkassenbeiträge keine Mehrheit finden werde. Wenn Dr. Düttmann Parität für die Krankenversicherung verlange, so mußte er dies konsequenterweise auch für die Unfallversicherung tun. Bei der Forderung des Proportionalwahlrechts sei es nur bedauerlich, daß dies den Unternehmern ermögliche, Gelbe als Arbeitervertreter wählen zu lassen.

Ueber die Leitsätze zu diesem Verhandlungspunkt wurde am Schluß des Kongresses abgemittelt.

## Mitteilungen.

### Quittung

über die im Monat Juli 1909 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Transportarb. für 2. Qu. 1908	2751,10 M.
" " Glasarb. für 3. u. 4. Qu. 1908	1026,84 "
" " Steinseger für 3. u. 4. Qu. 1908	816,72 "
" " Glaser für 3. u. 4. Qu. 1908	297,88 "
" " Sattler für 1. Qu. 1909	230, — "
" " Brauereiarb. für 1. Qu. 1909	1164,40 "
" " Bildhauer für 1. Qu. 1909	134,30 "
" " Bäcker für 2. Qu. 1909	534,40 "
Berlin, den 10. August 1909. S. Kube.	

### An die Verbandsexpeditionen.

Der nächsten Nr. 34 des „Corr.-Bl.“ wird die Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftsorganisationen für das Jahr 1908 beigegeben werden. Diese Nummer wird daher im Umfange von 48 Seiten erscheinen. Die Generalkommission.